

161. Sitzung

Dienstag, den 01.10.2019

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Fiedler, CDU

14094

Beratung des Abschlussberichts der Enquetekommission 6/1 „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ in Drucksache 6/7709 auf Verlangen der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14095

Bericht der Enquetekommission 6/1

- Drucksache 6/7709 -

Der Abschlussbericht der Enquetekommission 6/1 wird beraten.

Tischner, CDU

14095,

Berninger, DIE LINKE

14095

14097,

14118

Mohring, CDU

14100,

14101,

14102, 14102, 14102, 14104, 14106, 14106

Lehmann, SPD	14106
Herold, AfD	14109
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14111
Schaft, DIE LINKE	14114
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	14116
Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	14116

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Diezel, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Dr. König, Kowalleck, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Rosin, Scherer, Schulze, Thamm, Tischner, Walk, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsov, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wagler, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Rietschel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Maier, Siegesmund, Werner

Beginn: 12.05 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich begrüße Sie zur 161. Plenarsitzung des Thüringer Landtags und damit der letzten Sitzung in der 6. Wahlperiode. Ich begrüße die Abgeordneten, die Vertreter der Landesregierung, die Zuschauer auf der Tribüne und die Vertreter der Medien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu Beginn der letzten Sitzung einige Worte sagen: Die Wahlperiode, eine arbeitsreiche, ereignisreiche Wahlperiode, neigt sich dem Ende zu. Ich möchte Ihnen allen recht herzlich für Ihren Einsatz als Parlamentarier im Freistaat Thüringen danken.

(Beifall im Hause)

Sie haben in zahlreichen Gremien, bei Plenarsitzungen für unseren Freistaat, für die Zukunft unseres Freistaats diskutiert, gestritten, Kompromisse geschlossen, Gesetze auf den Weg gebracht und Sie haben dies alles im Großen und Ganzen fair und kollegial getan, dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Fünftel der Kolleginnen und Kollegen hat erklärt, nicht mehr für einen Sitz im Thüringer Landtag zu kandidieren. Dazu gehören lang gediente Mitglieder, aber auch Abgeordnete, die nur eine Periode hier im Parlament saßen. Ehe ich auf wenige noch näher eingehe, die sehr lange in diesem Haus sind, von Beginn an, lassen Sie mich trotzdem namentlich alle nennen, die erklärt haben, nicht mehr für den Landtag zu kandidieren, und ihnen Dank sagen. Das ist von der CDU-Fraktion Wolfgang Fiedler, seit 1990 – ich werde das dann noch mal beleuchten.

(Beifall im Hause)

Von der CDU-Fraktion Manfred Grob, seit 1999. Vielen Dank, Manfred Grob.

(Beifall im Hause)

Gudrun Holbe von der CDU-Fraktion, seit 2004. Vielen Dank, Frau Holbe.

(Beifall im Hause)

Das ist unsere Alterspräsidentin Elke Holzapfel, seit 2008.

(Beifall im Hause)

Das ist von der CDU-Fraktion Annette Lehmann, seit 1999.

(Beifall im Hause)

Das ist seit 1991 Christine Lieberknecht. – Ich werde auch zu ihr dann noch etwas sagen.

(Beifall im Hause)

Das ist in der Fraktion der CDU Manfred Scherer, seit 2010.

(Beifall im Hause)

Und das ist Gerold Wucherpfennig, seit 2009 in der CDU-Fraktion, auch als Minister tätig.

(Beifall im Hause)

Von der Fraktion Die Linke haben erklärt, nicht wieder zu kandidieren: der Abgeordnete Dieter Hausold, seit 2004,

(Beifall im Hause)

Frau Margit Jung, seit 2004 – auch da werde ich noch einiges sagen –,

(Beifall im Hause)

Herr Jörg Kubitzki, seit 2005,

(Beifall im Hause)

Herr Frank Kuschel, seit 2004,

(Beifall im Hause)

Frau Ina Leukefeld, seit 2004

(Beifall im Hause)

und Frau Diana Skibbe, seit 2012.

Von der SPD-Fraktion hat Herr Dr. Werner Pidde erklärt, der seit 1994 diesem Parlament angehört, nicht wieder zu kandidieren. Vielen Dank, Herr Dr. Pidde.

(Beifall im Hause)

Und bei der AfD-Fraktion Frau Wibke Muhsal, seit 2014 Mitglied dieses Hauses. Danke schön.

(Beifall CDU, AfD)

Die fraktionslosen Abgeordneten: Siegfried Gentele, seit 2014 hier im Haus, danke,

(Beifall im Hause)

Herr Jens Krumpe, seit 2014 hier im Haus.

(Beifall im Hause)

Herr Jürgen Reinholz, seit 2004,

(Beifall im Hause)

und Herr Klaus Rietschel, seit 2014.

(Beifall im Hause)

(Präsidentin Diezel)

Stellvertretend für alle möchte ich einige wenige noch etwas näher beleuchten und verabschieden. Beginnen möchte ich mit denjenigen, die seit der ersten Wahlperiode diesem Haus angehört haben.

Lieber Wolfgang Fiedler, du hast/Sie haben genauso wie Egon Primas die parlamentarische Geschichte dieses Hauses von Beginn an miterlebt und mitgeschrieben. Mehr noch, Sie haben 1989 die neue Demokratie mit aufgebaut, auch in der ersten frei gewählten Volkskammer für die Einheit unseres Landes gerungen. Du bist und warst ein wortgewaltiger Vertreter für die Kommunen, die Bürgermeister, für die Feuerwehrleute und für die Polizei. Vielen Dank dafür.

(Beifall im Hause)

Liebe Christine Lieberknecht, als Abgeordnete, als Fraktionsvorsitzende, als Ministerpräsidentin, als Landtagspräsidentin hast du alle Spitzenämter, die in diesem Haus zu vergeben sind, besetzt und ausgefüllt. Du hast Impulse für die Entwicklung unserer Heimat gegeben, du hast gekämpft und entschieden, du hast immer versucht, die Einheit dieses Hauses herbeizuführen. Vielen herzlichen Dank, alles Gute und Gottes Segen auf dem Weg!

(Beifall im Hause)

Und ich möchte Frau Vizepräsidentin Margit Jung erwähnen – sie ist noch bei den Hinterbliebenen und Angehörigen. Frau Jung, ich danke ihr genauso wie ich Dorothea Marx ganz herzlich danke für die gute Zusammenarbeit im Präsidium. Alles Gute für die Zukunft!

(Beifall im Hause)

Ich möchte Dr. Werner Pidde erwähnen, seit 1999 als Parlamentarischer

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: 1994!)

Geschäftsführer, Fraktionsvorsitzender – wir haben uns manche Schlacht im Finanzpolitischen geleistet und geliefert und uns trotzdem immer wieder auf unsere parlamentarische gemeinsame Basis gestellt. Vielen herzlichen Dank für die Arbeit!

(Beifall im Hause)

Ich möchte noch Herrn Dieter Hausold erwähnen, langjähriger Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender, auch Ihnen gelten mein Respekt und mein Dank und meine Anerkennung.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Haus wurden Beschlüsse gefasst, diskutiert, Debatten geführt, Gesetze verabschiedet, die unterschiedlich bewertet wurden – positiv, aber auch kritisch. Wir haben uns den innerparteilichen und den

innerparlamentarischen Entscheidungsprozess nicht einfach gemacht. Ich möchte mich ganz persönlich bedanken, dass wir im letzten Jahr viele Regularien für unser Haus – was nicht so nach draußen gedrungen ist – regeln konnten. Ich denke an den Wissenschaftlichen Dienst, ich denke an die Novellierung der Geschäftsordnung und dafür danke ich vor allem den Parlamentarischen Geschäftsführern und den Vizepräsidenten sowie dem Ältestenrat. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Wir haben gemeinsam mit der Landesregierung bei dem Festakt zu „100 Jahre Weimarer Verfassung“, ich glaube, auch nach außen gezeigt, dass sowohl Landtag als auch Regierung gemeinsam diesen Kraftakt geschultert haben und das Bild der freiheitlichen Demokratie hier von Thüringen nach außen getragen haben. Dafür danke ich Ihnen und ich glaube, darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall im Hause)

Wir erinnern an die friedliche Revolution, wo Demokratie, Meinungsfreiheit und Pluralismus erkämpft wurden. Niemand von uns säße hier, es gäbe weder einen Freistaat Thüringen noch einen Landtag, wenn es nicht die mutigen Männer und Frauen des Herbstes 1989 gegeben hätte.

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 7. Wahlperiode bringt weitere wichtige Jubiläen. Das zentrale Ereignis wird wohl das 30-jährige Jubiläum der Wiedervereinigung sein. Daran würdevoll zu erinnern, wird Aufgabe des nächsten Landtags sein. Ich glaube, der nächste Landtag wird genauso gemeinsam mit der Regierung an dieses Ereignis erinnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch den Kirchen und den kirchlichen Vertretern danken für die vielen Andachten, die gemeinsamen Gottesdienste, die wir auch letzte Woche hier erleben durften. Sie haben einem Großteil unserer Abgeordneten Kraft für ihre Arbeit gegeben. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Zum Schluss danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an der Spitze dem Landtagsdirektor, für die gute Arbeit und die Unterstützung aller Parlamentarier in den fünf Jahren – wahrlich nicht immer einfach – und viele Überstunden, aber ich danke für das Fachwissen, für die Freundlichkeit und die vielen Mühen, die Sie manchmal mit uns hatten. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

(Präsidentin Diezel)

Es sind noch 26 Tage und dann entscheidet der Souverän, wer in diesem Hohen Haus die Stimme erheben darf. Niemand kann sich ganz sicher sein, ob er wieder hier sitzen wird. Die Wahrscheinlichkeiten sind unterschiedlich und variieren. Aber jeder, der sich um ein Mandat in einer freiheitlichen Demokratie bewirbt, verdient unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen fairen Wahlkampf, persönlich Gesundheit – Gott schütze Sie alle! Jetzt wünsche ich mir noch eine respektvolle Debatte.

(Beifall im Hause)

Herr Fiedler, Sie möchten eine Erklärung abgeben? Bitte schön.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte eine Erklärung abgeben. Ich durfte fast 30 Jahre diesem Hohen Haus angehören. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind mit benannt worden. Ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten!

Ich habe mich immer gefreut, in diesem Hohen Haus zu sein, um zu streiten. Wir haben oft um den besseren Weg, um die bessere Lösung gestritten. Aber ich muss sagen, wenn man sich nicht mehr streitet, um nach vorn zu kommen, ist es schon zu spät. Auch mit den Landesregierungen – wenn man so lange dabei ist, hat man viele erlebt, ob das eigene waren oder andere, man hat dann schon den Draht gefunden, dass man auch da gemeinsame Dinge vorangebracht hat. Es musste ja nicht alles von hier vorn ausgetragen werden. In dem Fall kann ich nur – ich muss es noch einmal sagen – an meine zwölf Innenminister erinnern, die ich hatte. Es ist nun mal so, ich kann nichts dafür. Ich weiß, gleich werden einige sagen, aber du bist es nie geworden. Ja, es ist so. Ich bin froh, dass ich es nie geworden bin.

Meine Damen und Herren, ich will einfach noch mal drei, vier Dinge sagen, die mir wichtig sind. Es war in den ersten Jahren. Gleich 1990 hatten wir sehr schwierige Dinge überhaupt auf den Weg zu bringen. Aber es ging alles. Wir haben es gemeinsam hinbekommen – wirklich gemeinsam, mit dem Streit, der dazugehört, aber wir haben es hinbekommen. Was mich etwas erschreckt hat, nachdem auch eine neue Partei dazugekommen ist, die AfD – ich muss es noch mal sagen, bevor ich dann hier nicht mehr reden darf –: Die AfD hat mich erschreckt und das nehme ich Ihnen persönlich übel. Ich habe damals am Runden Tisch mitgewirkt. Ich

war in der ersten frei gewählten Volkskammer. Das Wichtigste, was wir damals beschlossen haben, war die deutsche Einheit. Das war das Allerwichtigste.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gab es die AfD noch gar nicht. Was ich der AfD übel nehme, dass sie sich heute mit ihren Plakaten hinstellt und so tut, als ob sie das, was wir damals begonnen haben, beenden müsste.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Missbrauch der friedlichen Revolution!)

Ja, ich habe gesagt, AfD. Ich habe nicht Einzelne benannt. Ich finde das einfach nicht in Ordnung. Gehen Sie wirklich noch mal in sich!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie diese friedliche Revolution jetzt einfach für sich nutzen wollen – ich muss es Ihnen sagen, sonst kann ich es nicht mehr sagen –, das finde ich nicht gut. Wir hatten über 100 Tote an der Thüringer Grenze – 100 Tote! Wir dürfen nicht einfach so tun, als ob das alles passé wäre, als ob das alles von gestern ist. Ich denk mal, ich „Denkmal“ – das muss man genau lesen, das kann man so herum lesen und so herum lesen, das hat ein Künstler aus meiner Region gemacht, nicht ich. Er hat mir das geschenkt und gesagt, einmal ziehst du das noch im Landtag an. Ich habe es heute noch mal angezogen, einfach um daran zu erinnern, dass wir alle hier dazu da sind, egal, von wem wir hierher geschickt wurden, jeweils von den Wählern, aber die uns aufgestellt haben, damit wir hier versuchen, das Beste für das Land rauszuholen; das Beste – ich würde mich auch freuen, wenn der Generalsekretär vielleicht eine Sekunde noch zuhört – für das Land rauszuholen. Es ist immer schwieriger geworden. – Ich höre dann gleich auf, Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht, dass ich heute noch mal etwas sagen konnte. –

Es ärgert mich maßlos, wenn ich sehe, was in diesen sogenannten sozialen Medien – ich habe es ja schon mal gesagt – für Müll verbreitet wird. Es jammert einen wirklich und mir tut es leid um unsere nachfolgende Generation. Hoffentlich haben sie so ein gutes Elternhaus, so eine gute Schule und ein Umfeld, die ihnen helfen, mit den Dingen dort fertig zu werden, die da drin einfach als blanke Lügen verbreitet werden bis zum Gehtrichtmehrer. Das macht mir echte Sorge.

Wir haben auch noch weiterhin schwierige Dinge für das Land auf den Weg zu bringen, diejenigen,

(Abg. Fiedler)

die nach uns kommen und in diesem Hohen Haus sitzen. Und ich habe mir immer ein bisschen was darauf eingeildet, „Hohes Haus“ nicht weil ich abgehoben war, sondern ich kann nur jeden ermuntern, die Abgeordneten, die jetzt da sind, die wiederkommen: Das Wichtigste, was ich in meinen fast 30 Jahren erlebt habe oder gemerkt habe oder mitgekriegt habe, war und ist: Redet mit den Leuten! Man kann nicht jedem eine fertige Antwort geben, das ist unmöglich, auch Politiker sind nur Menschen. Aber reden mit den Leuten, den Leuten zuhören und dann versuchen, die richtige Entscheidung zu fällen – nur so halten wir unsere Demokratie in unserem schönen grünen Herzen Deutschlands noch aufrecht.

In dem Sinne danke ich denen, die mitgemacht haben, danke schön! Ich wünsche denen, die wieder hierherkommen, viel Kraft und Gottes Segen.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, lieber Wolfgang Fiedler. Das gibt mir die Gelegenheit, Sie alle am Ende der Debatte und nach Ende der Landtagssitzung noch zu einem kleinen Empfang einzuladen, damit wir in guten Gesprächen auseinandergelassen werden können und denjenigen, die wir verabschieden, auch entsprechend eine kleine Aufmerksamkeit – Herr Rechnungshofpräsident – mit auf den Weg geben können. Vielen Dank.

Wir kommen nun zu den Formalien: Die Sitzung wurde gemäß § 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund des Antrags der Fraktionen der CDU, Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen vor.

Für die heutige Plenarsitzung hat als Schriftführerin Frau Abgeordnete Floßmann neben mir Platz genommen und die Redeliste führt Herr Abgeordneter Kräuter.

Es haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Lehmann, Herr Abgeordneter Primas, Herr Abgeordneter Kobelt, Frau Abgeordnete Tasch, Herr Minister Holter und Frau Ministerin Siegesmund.

Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt**

Beratung des Abschlussberichts der Enquetekommission 6/1 „Ursachen und For-

men von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ in Drucksache 6/7709 auf Verlangen der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bericht der Enquetekommission 6/1

- Drucksache 6/7709 -

Bevor ich die Aussprache eröffne, erteile ich dem Vorsitzenden der Enquetekommission, Herrn Abgeordneten Tischner, das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Tischner.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte sachverständige Mitglieder der Kommission, auch auf der Tribüne und am Livestream, herzlich willkommen!

Am 26. Januar 2017 hat der Thüringer Landtag mit breiter Mehrheit und nach sehr kontroversen Verhandlungen die Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ eingerichtet. Damit wurde einem Auftrag infolge der Aufarbeitung der schrecklichen Geschehnisse des NSU mit breiter Mehrheit Rechnung getragen. Es sind aber nicht nur diese schlimmen Geschehnisse, die uns gemeinsam in der Kommission interessierten, sondern es ist insgesamt die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Kultur in Thüringen in Zeiten wachsender Spannungen in der Gesellschaft gegenüber einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen Menschen.

Präsidentin Diezel:

Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Abgeordneter Tischner, CDU:

Nach zweieinhalb Jahren intensivsten Anhörungen und Diskussionen kann grundsätzlich festgestellt werden, dass diese Analysen und Betrachtungen ein Gewinn sind. Sie sind zunächst ein Gewinn für die gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen Menschen, denn die Kommission ermöglichte erstmals eine ernsthafte Befassung mit ihren Erfahrungen. Und diese Erfahrungen könnten ein Gewinn für unsere parlamentarische Demokratie darstellen, wenn es gelingen würde, politische Handlungsfelder zu skizzieren und Maßnahmen zu beschreiben, die nicht weiter pauschal stigmatisieren, sondern eine

(Abg. Tischner)

mit Anstand und Respekt gelebte gesellschaftliche und politische Kultur fördern und leben.

Meine Damen und Herren, nach zweieinhalb Jahren intensiven und erkenntnisreichen Sitzungen liegt Ihnen heute der Abschlussbericht der Enquetekommission inklusive der drei Sondervoten im Umfang von 1.050 Seiten vor. Der von der Enquetekommission vorgelegte Abschlussbericht besteht aus drei Bänden. Band I umfasst den Arbeitsauftrag, die Zusammensetzung der Kommission und den Beratungsverlauf, eine Definition von Rassismus und Diskriminierung, die Ergebnisse der öffentlichen Anhörungen zu Beobachtungspunkten und möglichen Maßnahmen aus dem Beratungsverlauf sowie die mehrheitlich beschlossenen Handlungsempfehlungen der Enquetekommission. Der zweite Band liefert eine ergänzende Dokumentation der Phasen 1 und 2 des Arbeitsprogramms der Kommission, die bereits im Zwischenbericht der Enquetekommission abgebildet werden konnten. Der dritte Band umfasst die Sondervoten und spiegelt damit das facettenreiche Spektrum der politischen Perspektiven auf das Thema wider. Sondervoten liegen uns vor von der CDU-Landtagsfraktion, von der AfD-Landtagsfraktion sowie ein gemeinsames Sondervotum von vier Sachverständigen, die benannt wurden von den Koalitionsfraktionen, nämlich Herrn Aikins, Frau Güleç, Herrn Keskinliç und Herrn Yılmaz-Günay. Schon die Anzahl der Sondervoten zum Bericht der Enquetekommission zeigt, dass die Kommission hart in der Sache und intensiv am Detail gearbeitet und diskutiert hat. Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Dimension des Gegenstands der Enquetekommission ist dies auch nicht verwunderlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Vorsitzender der Enquetekommission möchte ich allen Beteiligten, allen voran den Sachverständigen und stellvertretenden sachverständigen Mitgliedern sowie den Abgeordneten und den über 200 betroffenen Anzuhörenden und Auskunftspersonen für die geleistete Arbeit, die Gespräche, die Informationen und die Diskussionen danken. Ohne deren vielschichtige Perspektiven, eingebrachte Erfahrungen und fachliche Expertise hätte sich die Kommission nicht in der gebotenen Weise mit unterschiedlichen Formen und Ursachen von Rassismus und Diskriminierung sowie deren Aufeinanderwirken auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie auseinandersetzen können.

Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Herzlichen Dank an Herrn Dr. Schröder und seine Kollegen vom Protokolldienst.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herzlichen Dank an die Landtagsverwaltung und die Referenten des Ausschusses, Frau Zetzsch, Frau Diller, Herrn Wittig sowie Herrn Dr. Burfeind und Herrn Riemann.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war mitunter eine große Herausforderung für die Verwaltung, die strengen Regeln unserer Geschäftsordnung mit der geisteswissenschaftlichen Arbeit dieser Kommission in Einklang zu bringen, die Verwaltung hat uns aber dabei hervorragend unterstützt.

(Beifall CDU)

Deshalb ebenfalls herzlichen Dank an das Sekretariat mit Frau Potapow und Frau Weser sowie an unsere Referentinnen und Referenten in den Fraktionen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Arbeitsintensität nochmals zu verdeutlichen, darf ich numerisch ausführen: In den 29 Sitzungen der Enquetekommission wurden insgesamt 103 Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen, Institutionen regional sowie überregional mündlich angehört sowie 154 schriftliche Stellungnahmen entgegengenommen und ausgewertet. Gleichwohl gehört zur Ehrlichkeit, dass das Interesse der eingeladenen Anzuhörenden trotz telefonischer Nachfragen und möglicher Sondersitzungen deutlich besser hätte sein können. Von 197 mündlich Anzuhörenden haben letztlich 52 Prozent den Weg in den Thüringer Landtag gefunden. Noch dramatischer war es bei den schriftlich Anzuhörenden, hier haben von 425 Eingeladenen 36 Prozent die Möglichkeit zur Stellungnahme genutzt. Wenn nur 46 Prozent, also 174 von 374, der externen Eingeladenen ihr Recht auf Anhörung wahrnehmen, kann dies ein Signal dafür sein, dass die Betroffenheit und Relevanz von rassistischen und diskriminierenden Phänomenen nicht gespürt wird.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Muss aber nicht, Herr Tischner!)

oder vielfach auch nicht gegeben ist. Das ist nicht zu kritisieren, aber es gehört auch mit zum Bild über die Arbeit der Kommission dazu.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich grundsätzlich ausführen, dass Sinn und Zweck unseres deutschen Parlamentarismus erstens darin besteht, gesellschaftliche Debatten und Kontroversen abzubilden, und zweitens, Kompromisse und Lösungen

(Abg. Tischner)

im Sinne des Gemeinwohls herzustellen. Dies ist das alltägliche Geschäft, was wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier in den Ausschüssen des Landtags leisten. In der Fachliteratur findet sich über die Enquetekommissionen zu lesen – ich zitiere aus einer Broschüre des Deutschen Bundestages –: „Manchmal reicht das Format der ‚normalen‘ Ausschüsse jedoch nicht aus, um die drängenden Fragen und Probleme der Republik angemessen zu beraten. Besonders dann, wenn das Thema nicht nur einen einzelnen politischen oder gesellschaftlichen Bereich berührt, sondern gleich mehrere. Deswegen hat das Parlament die Möglichkeit, einen besonderen Ausschuss, eine sogenannte Enquete-Kommission, einzusetzen, die sich über einen längeren Zeitraum intensiv, aber auch kontrovers mit einem Thema auseinandersetzen kann. Die Kommission soll alle verfügbaren Informationen zu einem Themenkomplex zusammentragen und daraus eine gemeinsame Position erarbeiten, die hoffentlich auch von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden kann.“ Im Fall unserer Enquetekommission wurden vielfältigste Informationen zusammengetragen. Es wurde intensiv beraten und Kontroversen wurden sehr deutlich.

Zur Arbeitsweise der Kommission: Der 6. Thüringer Landtag griff mit der Enquetekommission am 26. Januar 2017 eine Empfehlung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags auf. Entsprechend dem Auftrag im Einsetzungsbeschluss des Thüringer Landtags sammelte und verarbeitete die Kommission erstens Informationen von Betroffenen, von Experten und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Wir diskutierten kontrovers über die Definitionen von „Rassismus“ und „Diskriminierung“, analysierten die politische Kultur und stellten schließlich eine Situationsanalyse von Strategien gegen Rassismus in anderen Bundesländern zusammen. Sehr intensiv berieten wir über die Definitionen. Wir stritten uns auch über einzelne Schwerpunkte, aber insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, haben wir einen vernünftigen Abschlussbericht vorgelegt – einen Abschlussbericht, der uns am Ende vielleicht auch darauf hoffen lässt, dass wir in Zukunft in die Gesellschaft mehr Anstand und mehr Respekt hineinbringen und somit im Grunde ein gutes, ein vernünftiges Zusammenleben ermöglichen können. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Arbeit in der Enquetekommission und die Erstellung des Be-

richts – auch an alle Mitglieder. Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat Frau Abgeordnete Berninger für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Fraktionen, sehr geehrte sachverständige Kommissionsmitglieder, liebe Interessierte hier im Haus und am Livestream! Die Enquetekommission entstand aus der einstimmig formulierten Empfehlung des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, demzufolge eine Enquetekommission Maßstäbe setzen und beispielsweise Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln sollte. Die Kommission hat dies umgesetzt. Das Ergebnis liegt Ihnen mit dem Abschlussbericht vor.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn – dann habe ich es hinter mir – auf die Beteiligung der autoritär-nationalradikalen Fraktion hier im Thüringer Land zu sprechen kommen. Die AfD lehnte die Einsetzung der Enquetekommission ab, bezeichnete sie als den „Versuch, auf Steuerzahlerkosten Ihr Ideologienprojekt buntes Thüringen zu realisieren“, als „Gesinnungsschnüffelei“, als „institutionalisierten Kampf gegen staatstragende Bürgerlichkeit“. Nun wird es niemanden verwundern, dass die rechte Fraktion dabei geblieben ist. Man liest es direkt zu Beginn ihres sogenannten Sondervotums, mit dem sie unter anderem die wissenschaftlich längst widerlegte Existenz von Menschenrassen verteidigt. Sie bezieht sich in ihrem Pamphlet auf Rassismusdefinitionen unter anderem von 1947 und offenbart damit ganz genau ihren eigenen Rassismus. Sie versucht, jegliche wissenschaftliche und analytische Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung ins Lächerliche zu ziehen und zu diskreditieren, mit pseudointellektuellen Formulierungen ihre rassistische und wissenschaftsfeindliche Sichtweise zu propagieren. Auch wenn sie die Kosten beklagt, die durch die Arbeit der Kommission entstanden sind, so hat sie die für die Sitzungen zur Verfügung gestellten Getränke immer gern genossen, ohne tatsächlich Arbeit in die Kommission zu stecken oder auch nur aufzupassen oder sich an vereinbarte Fristen zu halten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nutzt jetzt die Ressourcen der Kommission und des Landtags für eine 92-seitige Veröffentlichung, in der sie alle rassistisch motivierten Fake News und Falschbehauptungen gegen Geflüchtete untergebracht hat, mit der sie seit Jahren Vorurteile und Ressentiments schürt und Stimmung gegen Ein-

(Abg. Berninger)

wanderung und Flüchtlingspolitik macht. Mehr ist zur „Mitarbeit“ der AfD-Fraktion in der Kommission nicht zu sagen oder vielleicht doch, dass es schon unangenehm genug war, diese Fraktion in der Kommission zu erleben und dass ihre Mitarbeit, Nichtmitarbeit dann doch das Unbehagen abmildern konnte, meistens – bis auf gelegentliche rassistische Ausfälle, wie zum Beispiel die Behauptung, Juden seien eben von Natur aus so, so sei das genetisch ererbt.

Meine Damen und Herren, die Kommission hat im Juni 2017 ihre Arbeit aufgenommen und sie hat gut gearbeitet. Wir hätten noch ein bisschen mehr Zeit gebraucht, aber wir haben gut gearbeitet. Mit dem Zwischen- und dem Abschlussbericht liegen der Thüringer Öffentlichkeit nun grundlegende Dokumente für die gesellschaftliche und die staatliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung vor. Die Beratungen sind auch gut dokumentiert. Alle Anhörungen und fast alle Beratungen erfolgten in öffentlicher Sitzung. Fast alle Dokumente, Zuschriften, Sitzungsprotokolle stehen der Öffentlichkeit, Journalistinnen/Journalisten, Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und sonstigen Interessierten zur Verfügung und können für die Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung zurate gezogen werden.

In den Anhörungen mit mehr als 200 Vertreterinnen/Vertretern aus Zivilgesellschaft, staatlichen Einrichtungen und Interessenvertretungen von Betroffenen von Rassismus und Diskriminierung wurden die Ursachen, die Erscheinungsformen und Auswirkungen von Rassismus und Diskriminierung von allen Seiten beleuchtet und diskutiert. Daraus entstanden sind nun, dem Einsetzungsauftrag folgend, konkrete Handlungsempfehlungen für die öffentliche Verwaltung, die Justiz, den Polizeibereich etc. zur Zurückdrängung von Rassismus und Diskriminierung auf administrativer Ebene.

Nachdem der Vorsitzende seinen Entwurf des Abschlussberichts ohne konkrete Handlungsempfehlungen der Kommission vorgelegt hatte, haben die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit einem Änderungsantrag den Teil D – Handlungsempfehlungen – vorgelegt, der die in den Beratungen der Kommission mit zahlreichen Expertinnen/Experten diskutierten Vorschläge für Maßnahmen zur Zurückdrängung in konkrete Empfehlungen fasst. Denn was wäre die zweieinhalb Jahre lange Arbeit der Kommission wert, wenn aus den Analysen nicht auch konkrete Schlussfolgerungen gezogen würden, die in Empfehlungen für Regierungshandeln münden? Nur die Hälfte, meinen wir.

Bereits mit den Beratungen zu den für die Arbeit der Kommission wichtigen Begriffsbestimmungen und dann dem Zwischenbericht und der Debatte um den Zwischenbericht wurden die Unterschiede zwischen der CDU und den Koalitionsfraktionen sichtbar. Die CDU leugnet institutionellen und strukturellen Rassismus und Diskriminierung. Sie ließ sich weder durch die Analyse der Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen von Rassismus und Diskriminierung, die wir von den sachverständigen Kommissionsmitgliedern erbeten hatten, umstimmen noch durch die Erfahrungsberichte von Rassismus betroffener Menschen. Nach wie vor hält die CDU Rassismus und Diskriminierung für individuelle Phänomene. Bereits im Sondervotum zum Zwischenbericht und wieder im Sondervotum zum Abschlussbericht der Kommission wird davon ausgegangen, rassistisches und diskriminierendes Handeln von oder in Institutionen sei ausschließlich Ausdruck illegitimen Denkens Einzelner – ungeachtet der Erkenntnisse inzwischen mehrerer NSU-Untersuchungsausschüsse, ungeachtet der zahlreichen Beispiele, die Anzuhörende der Kommission berichteten, ungeachtet vorhandener Studien und Evaluationen.

Meine Damen und Herren, es mutet wie die drei Affen an oder die verbreitete Auffassung: Was ich nicht sehe, das gibt es auch nicht. Das könnte aber auch schlicht wahltaktisch motiviert sein oder ideologisch. Dafür zumindest spricht die Weigerung, für gemeinsame Handlungsempfehlungen nach Kompromissen zu suchen. Wir haben das Angebot mehrfach gemacht und hätten auch welche finden können – vielleicht nicht bezüglich des Phänomens Racial Profiling oder der Polizeivertrauensstelle oder der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, sicherlich aber hinsichtlich etwa bildungspolitischer oder arbeitsmarktpolitischer Handlungsempfehlungen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein es fehlte der Wille. Nicht einmal eine Antwort bekamen wir auf unsere Anfragen und Angebote. Stattdessen wartete die CDU-Fraktion mit einem eigenen Handlungsempfehlungsantrag auf, von dem sie wusste, dass kaum etwas darin für die Koalitionsfraktionen zustimmungsfähig war, so wie es dort formuliert worden ist, etwa die Diskreditierung von Betroffenenvertretungen als „private Interessengruppen“ oder dass mit „Auch dürfen nicht diejenigen, die meinen Opfer zu sein, selbst das Opferesein definieren“ selbst epistemische Gewalt ausgeübt wird. Im Zwischenbericht ist epistemische Gewalt auf Seite 32 erläutert. Ich will das kurz zitieren: „Rassismuserfahrenen Gruppen werden ihre

(Abg. Berninger)

Diskriminierungserfahrungen abgesprochen, rassistische Realitäten geleugnet, nivelliert, bagatellisiert, die Relevanz oder gar Existenz des Wissens und der kollektiven Erfahrungen von Rassismuserfahrenen Gruppen verneint.“ Das genau macht die CDU.

Exemplarisch für diese wohl wahlkampfaktisch motivierte Darstellung der Kommission ist – neben der durch die CDU teilweise vollzogenen Kehrtwende in den Schlussfolgerungen, die noch im Sondervotum zum Zwischenbericht ganz anders formuliert waren, zum Beispiel hinsichtlich der Studie zu Diskriminierungs- und Viktimisierungserfahrungen oder der Einführung einer Justizverlaufsstatistik. Exemplarisch ist auch folgender Abschnitt im Sondervotum: Die CDU behauptet, Zitat: „Teile der den Koalitionsfraktionen angehörenden Mitglieder der Enquetekommission agierten, ob ihrer ideologischen und einem Absolutheitsanspruch unterworfenen Argumentation, zuletzt zum Teil eher als verlängerter Arm der linksextremen Antifa. Wissenschaftlich und sachlich fundierte Abwägungsprozesse – gerade hinsichtlich der Handlungsempfehlungen im Teil D – wurden dadurch unterbunden.“ Das ist absurd, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier würde mich doch tatsächlich interessieren, Herr Tischner, Herr Wirkner und Frau Lieberknecht: Wer genau von den Mitgliedern der Enquetekommission ist denn gemeint? Wie genau äußerte sich denn dieser durch Sie behauptete angebliche Absolutheitsanspruch? Darin, dass wir unsere Maßnahmvorschläge zur Debatte stellten, von anzuhörenden Expertinnen/Experten bewerten ließen und uns dann in den Handlungsempfehlungen in Teil D des Berichts auch noch nach der Debatte und vielen Zuschriften richteten? Wie genau unterbanden wir denn die sachlich fundierten Abwägungsprozesse? Wahrscheinlich indem wir nicht Ihren Formulierungen, Abwiegungen, nicht dem „Was ich nicht erlebt habe, gibt es auch nicht“ zustimmten.

Ich persönlich finde es sehr schade und sehr bezeichnend, wie die CDU-Fraktionsvertreterinnen/CDU-Fraktionsvertreter zum Abschluss in der Kommission agiert haben. Auch dass Sie, Herr Tischner, jetzt gerade eben anhand der prozentualen Beteiligung in den Anhörungsverfahren die Relevanz des Themas infrage stellen. Das finde ich infam.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das habe ich nicht! Da haben Sie nicht richtig zugehört.)

Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, meine Damen und Herren der CDU, dass einige Ihrer sachverständi-

gen Mitglieder Ihre Anträge zum Schluss gar nicht mehr mit abstimmten, sondern sich zurückgezogen haben? Sachverständige Kommissionsmitglieder, die sich sehr lange, sehr interessiert, sehr engagiert und konstruktiv an den Anhörungen, Analysen und Debatten beteiligt hatten und am Ende augenscheinlich nicht einmal Ihr Sondervotum mittragen, meine Damen und Herren der CDU.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Bei uns haben alle mitgemacht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den im Abschlussbericht in Teil D vorliegenden Handlungsempfehlungen ist die Arbeit der Kommission nicht beendet. Eigentlich müsste die Kommission weiterarbeiten und die nach wie vor bestehenden Lücken füllen. Noch einige Themengebiete, zum Beispiel „Wohnen“ oder „Religion“, sind nicht abschließend und empfehlungsreif beraten. Und es beginnt jetzt hoffentlich schnell die Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die ebenfalls eine Begleitung auf parlamentarischer Ebene verdient und braucht. Ich kann für die Fraktion Die Linke versprechen: Die Linke wird auf deren Umsetzung drängen. Wir haben sie in unserem Landtagswahlprogramm verankert und werden die Ergebnisse der Enquete „Rassismus“ in Koalitionsverhandlungen einbringen. Wir wollen, dass die Arbeit der Enquetekommission fort- und ihre Ergebnisse umgesetzt werden. Ich hoffe, dass die Kommission einen Beitrag dazu leisten kann, dass nicht Abwehrreaktionen die Folge sind, wenn das Wort Rassismus gesagt wird, sondern Nachdenken, genaues Hinschauen und Handeln.

Bevor ich zum Schluss komme, gestatten Sie auch mir, Danke zu sagen: an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Kolleginnen/Kollegen Kommissionsmitglieder und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der demokratischen Fraktionen und ganz besonders an die Menschen aus der Zivilgesellschaft, die die Arbeit der Kommission verfolgt und begleitet haben. Und natürlich an die sachverständigen Mitglieder der Kommission, Herr Aikins, Frau Schellenberg und Frau Schmidtke, Iman Attia und Ozan Keskinliç, Ayşe Güleç und Koray Yılmaz-Günay – danke für eure Analyse, danke für eure Nachfragen, danke für eure Erfahrung und wissenschaftliche Expertise

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Berninger)

und für die gute Zusammenarbeit. Ohne euch wäre die Kommission nur halb so weit.

Zum Abschluss möchte ich noch mal die Definition hervorheben, die die Kommission zu Rassismus und Diskriminierung gefunden hat und mit der inzwischen auch über Thüringen hinaus gearbeitet wird. Die für mich wichtigsten Sätze möchte ich zitieren: „Rassismus konstruiert Rassen, sodass (zugeschriebene) körperliche, kulturelle oder religiöse Aspekte oder Besonderheiten (Neigungen, Charaktereigenschaften, Talente) als genuine Gruppenmerkmale erscheinen, die für alle Gruppenmitglieder zentral bedeutsam seien und einen grundsätzlichen Unterschied zur ‚eigenen Gruppe‘ markierten. Die Konstruktion von ‚Rassen‘ hat zum Ziel und/oder als Effekt, dass eine eigene Gruppenidentität durch Abgrenzung von anderen geschaffen wird und dass Aggressionen, Ausschlüsse und Privilegien damit legitimiert werden.“ Dem stellen wir uns entgegen! Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Mohring das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist der 1. Oktober 2019. Genau vor 20 Jahren, am 1. Oktober 1999, ist der damals frisch gewählte Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Für mich war das der erste Tag als gewählter Parlamentarier hier in diesem Haus. Es ist heute die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode, deswegen will ich einfach auch die Gelegenheit nutzen, all denen, die ihren Dienst für Thüringen jetzt mit dieser Wahlperiode selbst beenden, Danke zu sagen für den Dienst für unser Land, den Dienst für die Gesellschaft und für ihr großes Engagement, das sie alle quer durch alle Fraktionen aufgebracht haben. Danke schön.

(Beifall im Hause)

In diesen 20 Jahren ist viel passiert. Wir erleben eine gespaltenere Gesellschaft, wir erleben eine polarisierte Gesellschaft, haben eine Menge Aufgaben vor uns in dieser nächsten Wahlperiode, in den Wahlperioden, die folgen werden. Das ist ein Anspruch, dem wir uns alle stellen müssen und der auch in diesem Wahlkampf natürlich eine Rolle spielt. Ein Stück weit spiegelt auch die Arbeit der Enquetekommission genau diese Betrachtung wider.

Ich ganz persönlich, ich will das aber auch mit ganzem Nachdruck für meine CDU-Fraktion im Thüringer Landtag sagen, wir stehen fest an der Seite aller der Menschen, die Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung geworden sind und wir gedenken der Opfer rassistisch motivierter Morde –

(Beifall CDU)

85 an der Zahl seit 1990. Rassismus wie auch jede andere Form der Diskriminierung haben in unserem Land nichts, aber auch gar nichts verloren.

(Beifall CDU)

Die Schoah – die Ermordung von Millionen von Juden – als das wohl größte Menschheitsverbrechen ist für uns Demokraten Mahnung und jeden Tag neuer Auftrag zugleich. Es ist unsere Aufgabe, konsequent und energisch für ein „Nie wieder!“ zu streiten.

(Beifall CDU)

Wer diese verachtungsvollen Taten relativiert oder eben auch wie ein Kollege in diesem Haus fordert, wir brauchen nichts – ich zitiere – „anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, und der Meinung ist, dass die deutsche Geschichte mies und lächerlich gemacht wird, wenn man sich der aus den Gräueltaten erwachsenen historischen Verantwortung stellt, der muss es hinnehmen, als Person als „Faschist“ bezeichnet zu werden, wie es das Verwaltungsgericht Meiningen festgestellt hat.

(Beifall CDU)

Die Mitglieder des ersten NSU-Untersuchungsausschusses haben empfohlen, eine Enquetekommission „Rassismus“ einzurichten. Dem ist der Landtag gefolgt und heute Morgen haben wir in der vorhergehenden Sitzung sogar schon den Abschlussbericht des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses mit seinen Empfehlungen gehört. Rassismus ist, so sagt es der Einsetzungsbeschluss, eine wesentliche Quelle der Diskriminierung von Menschen und gegen sie gerichtete Gewalt. Er ist jedoch nicht die ausschließliche Quelle. Gerade weil die Einsetzung der Enquetekommission mit dem Hintergrund der grauenvollen Taten des NSU, aber auch anderer politisch motivierter Extremisten folgerichtig, sinnvoll und konsequent war, erschüttert es unsere Fraktion, wie mit dieser Kommission inhaltlich umgegangen wurde. Dass sich die AfD-Fraktion der Facharbeit der Kommission nahezu komplett verweigert hat, überrascht uns nicht wirklich, spiegelt es doch mit einer gewissen Konsequenz die bereits geschilderten Grundpositionen wider. Was uns jedoch tatsächlich überrascht hat, ist der Umstand, wie offen und unverhüllt die Kommission durch einige Kommissionsmitglieder – wir schauen dabei be-

(Abg. Mohring)

sonders auf die Linksfraktion – als verlängerter Arm der linksextremen Antifa missbraucht wurde.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Das sind Ihre Worte!)

Wir haben dies detailliert in unserem Sondervotum dargelegt.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Schämen Sie sich!)

Meine Damen und Herren, die linke Mehrheit setzt eine Definition von Rassismus und Diskriminierung durch, die über – darauf kommt es an – verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Definitionen hinausgeht. Entscheidend ist für sie dabei weniger eine objektive Betrachtung, sondern allein das subjektive Empfinden des Einzelnen. Besonders deutlich wird dies bei der sogenannten rassistischen Profilbildung, die sozusagen den Polizistinnen und Polizisten in Thüringen unterstellt wird.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Racial Profiling!)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich habe es aber extra übersetzt, damit es auch der normale Bürger in diesem Land versteht und nicht Sie mit Ihrem Halbwissen hier so tun, als wüssten Sie es besser und könnten uns eine Sprache auferlegen, die die Menschen in diesem Land gar nicht verstehen.

(Beifall CDU)

Systematische, anlasslose, nur aufgrund der Hautfarbe erfolgende polizeiliche Maßnahmen gibt es in Thüringen nicht. Das möchte ich hiermit klar und deutlich feststellen.

(Beifall CDU)

Diese Position hat übrigens auch das SPD-geführte Innenministerium in der Enquetekommission und darüber hinaus immer wieder betont. Nichtsdestoweniger unterstellen Sie unseren Polizistinnen und Polizisten eine derartige Praxis. Ideologisch verblindet sehen Sie hier nur Ihren Rassismus am Werk, den Sie unterstellen. Ich will ganz deutlich sagen: Ich danke unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten jeden Tag für ihren Dienst. Sie tun das unabhängig, sie tun das den Buchstaben des Gesetzes treu

(Beifall CDU)

und nicht in der Unterstellung, wie Sie sie den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unterstellen wollen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Sie missachten die Ergebnisse der Enquetekommission, Herr Mohring!)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Da gibt es Gerichtsurteile, Herr Mohring!)

Ich sage Ihnen, was unsere Auffassung ist. Das müssen Sie akzeptieren, dass wir in dieser freiheitlichen Gesellschaft eine eigene Meinung haben, die nicht Ihre Meinung widerspiegelt.

(Beifall CDU)

Die können sie nicht durch Mehrheitsbeschluss aufheben. Unsere Meinung tue ich hier für unsere Fraktion kund und der können Sie nicht widersprechen, indem Sie sagen, Sie haben mit Mehrheit etwas anderes festgelegt. Es ist unsere Meinung und es ist unsere Freiheit, diese Meinung auch hier in einem demokratisch gewählten Landtag sagen zu dürfen.

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Mäßigung!

Abgeordneter Mohring, CDU:

Sie unterstellen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten anlasslos einen Rassismusgeneralverdacht

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das lehnen wir ausdrücklich ab.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Das ist doch Quatsch!)

Das lehnen wir ausdrücklich ab.

(Beifall CDU)

Wir erinnern uns nur zu gut, dass wir am Anfang der Wahlperiode den Slogan „ACAB“ – alle Polizisten sind Bastarde – propagiert auf einem Foto der Fraktionsvorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen im Thüringer Landtag gesehen haben. In dieser Folge hat sich einfach eine Kultur ergeben, dass wir heute überall die ganze Landeshauptstadt Erfurt mit „ACAB“ überzogen sehen

(Beifall CDU)

und mittlerweile tausendfach Polizisten beleidigt wurden.

(Abg. Mohring)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dafür einen Anlass gegeben, Sie haben es legitimiert.

(Beifall CDU)

Sie haben dieses Bild verbreitet und irgendein Mitarbeiter Ihrer Fraktion hat das Bild bearbeitet. Es bleibt dabei.

(Unruhe DIE LINKE)

Der Ministerpräsident in diesem Haus hat das ins Lächerliche gezogen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lügner!)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Das ist eine Unterstellung!)

Er hat auf Twitter über diese ACAB-Nummer gespottet. Tagelang hat er gespottet. Daraufhin ist Legitimation in der Gesellschaft entstanden. Daraus ist Beleidigung entstanden. Und dagegen wehren wir uns. Unsere Polizeibeamten haben Respekt und keine Beleidigung verdient.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie ...

Abgeordneter Mohring, CDU:

Nein.

Präsidentin Diezel:

Nein.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den Auftritt der Punkband „Feine Sahne Fischfilet“ in Erfurt 2018 und der damit verbundenen Unterstützung durch die linke Landesregierung. Ich erinnere daran, dass der Kulturminister Prof. Dr. Hoff über die Band gesagt hat, sie leistet eine unverzichtbare Arbeit, um der Strategie sogenannter

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

national befreiter Zonen, worunter rechtsextreme Angsträume und Parallelgesellschaften zu verstehen sind, entgegenzuwirken. Das klingt motivierend und unterstützenswert und dann findet man auf der Internetseite der Band ein Kinder-T-Shirt mit dem Aufdruck „niemand muss Bulle werden“. Und natürlich fragt man sich wirklich: Sollen denn ausschließ-

lich zivilgesellschaftliche Kräfte den rechtsextremen Parallelgesellschaften entgegenwirken? Braucht es dazu nicht auch rechtsstaatliche Mittel? Braucht es dazu nicht auch Polizei? Braucht es nicht dazu auch das Gewaltmonopol des Staates? Wir finden: Ja, ausdrücklich!

(Beifall CDU)

Und genau das ist der entscheidende Punkt. Sie wollen das ändern – ganz links. Sie wollen das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Sie wollen das ändern – wir wollen das nicht.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, lassen Sie sich ganz kurz unterbrechen. Wir wechseln jetzt die Sitzungsleitung und bevor ich gehe – leider meine letzte Amtshandlung –, Herr Abgeordneter Adams, rüge ich Sie aufgrund des Rufes „Lügner“.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Das stimmt doch auch!)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Eine derartige Demokratie in Kombination mit einem handlungsfähigen Rechtsstaat scheint – so ist unsere Erfahrung aus der Enquetekommission – nicht im Interesse linker Politik zu sein. „Niemand muss Polizist werden“ – sauber formuliert, um das Unwort „Bulle“ nicht zu hofieren – oder besser gesagt: Selbst schuld, wenn du Polizist wirst. Selbst schuld, wenn dich unser Hass und unsere Verachtung treffen. Selbst schuld, wenn du einem Staat dienst, den wir so nicht wollen. Ich finde, das kann kein Prinzip sein, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Dagegen müssen wir uns wehren, um die Demokratie und unsere Freiheit zu schützen – jeden Tag aufs Neue.

(Beifall CDU)

Ebenso ist es mit Ihren Positionen zum Verhalten unserer Beamten und Angestellten in der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf den Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund in Asylverfahren. Ein als unfreundlich empfundenenes Verhalten des Sachbearbeiters ist für Sie Rassismus, lange Wartezeiten beim Behördengang sind für Sie Rassismus. Dass staatliche Stellen ohne Ansehung der Person agieren, wird schlichtweg ausgeblendet. Stattdessen will die Kommissionsmehrheit – und nur diese will das – Asylsuchenden, dem ein Sachbearbeiter nicht passt, einen Anspruch auf einen Sachbearbeiterwechsel zubilligen. Am Ende wird es diesen Sachbearbeiterwechsel geben – das garantiere ich Ihnen –, weil muslimische Männer nicht

(Abg. Mohring)

von einer Frau beschieden werden wollen. So stellen wir uns aber nicht die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung vor. So nicht!

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Ganz am Ende kann ich Ihnen nur empfehlen, mal zu fragen, was die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter genau von solchen Vorschlägen halten, und sich die Frage zu stellen: Von wem geht denn dann da eigentlich Diskriminierung aus? Diese Frage muss man sich stellen. Und der von den Linken vorgegebene, viel zu weite Begriff von Rassismus und Diskriminierung über das Verfassungsgemäße hinaus – ich habe das am Anfang gesagt –, der verkennt,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass nicht der Staat und seine Institutionen rassistisch sind, sondern einzelne Menschen rassistisch oder anderweitig diskriminierend denken und handeln. Dagegen müssen wir uns stellen, gegen das Denken dieser Einzelnen, auch wenn sie in Gruppen gemeinsam sind. Es ist nicht der Staat – es ist die Person, und dagegen müssen wir uns gemeinsam als Demokraten stellen.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, die von Rot-Rot-Grün erarbeiteten Handlungsempfehlungen verdeutlichen eindrucksvoll, dass die linksgeführte Landesregierung einen anderen Staat will. Wir hingegen wollen einen besseren Staat. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Rassisten dürfen Rassisten bleiben!)

Sie wollen, dass bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst nicht mehr Leistung, Eignung und Befähigung allein ausschlaggebende Kriterien seien, sondern Pädagogen mit reflektierter Rassismuserfahrung sollen – so ist es die Handlungsempfehlung – gezielt gefördert und angeworben werden. Dass aber Abstammung und Rasse mit Blick auf Artikel 3 Abs. 3 unseres Grundgesetzes auch nicht positiv berücksichtigt werden dürfen, das wird schlicht ausgeblendet. Aber genau darum geht es.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Irre ist das!)

Damit wird eine Axt an die Verwaltung gelegt, die nach Befähigung, Eignung und ausdrücklich nach fachlicher Leistung einstellt und befördert. Der nächste Schritt wird folgen, wenn es nach den linken Ideologen geht. Wir wollen das nicht. In unse-

rer Verwaltung muss unabhängig von der persönlichen Einstellung, von der Rasse, von dem Geschlecht, von der sexuellen Orientierung ausschließlich nach Fähigkeit, nach Eignung und nach fachlicher Geeignetheit eingestellt werden.

(Beifall CDU)

Nach keinen anderen Maßstäben! Es ist eben nicht so, wie Frau Hennig-Wellsow am Anfang der Wahlperiode gesagt hat, sie sieht den vierten Koalitionspartner in der öffentlichen Verwaltung. Nein, die Beamtinnen und Beamten und die Angestellten des öffentlichen Dienstes sind kein vierter Koalitionspartner für irgendeine politische Gruppe, sondern sie sind unabhängig und sie leisten ihren Dienst, egal wer in diesem Land regiert.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Sie haben nichts verstanden, Herr Mohring!)

Das zeichnet unsere Demokratie aus. Das ist der Unterschied in der Wahrnehmung unseres Staates.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, Sie haben in dieser Wahlperiode Hunderttausende Euro Steuergeld verschwendet, als Sie mit Ihrem Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdatenmanagement, was Sie aufgegeben haben, am Ende Daten von den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst heraus schnüffeln wollten. Die haben sich zu Recht dagegen gestellt. Diese staatliche Schnüffelei in die Intimsphäre der Landesbediensteten lehnen wir entschieden ab. Sie haben Steuergeld verschwendet. Sie wollten von den Mitarbeitern Sachen wissen, die Sie schlicht nichts angehen,

(Unruhe DIE LINKE)

weder politisch noch sonst wie. Und dafür haben Sie in diesem Land Hunderttausende Euro verschwendet. Das ist Ihre Arbeit, die Sie angeblich so toll machen.

(Beifall CDU)

Aber Ihnen reicht es nicht, dass Sie staatlich schnüffeln wollen, Sie wollen ja sogar auch noch privaten Arbeitgebern in Zukunft staatlich verordnen lassen, dass sie – so ist es jedenfalls Ihr Ziel –, ich zitiere, eine „bewusst antirassistische und antidiskriminierende Politik leben“ sollen. Den damit verbundenen Aufwuchs und Dokumentationsaufwand und damit eine Bürokratie nehmen Sie billigend in Kauf und offenbar wird kontinuierlich versucht, mit immer mehr Staat in die Thüringer Wirtschaft einzugreifen. Ich sage klipp und klar und natürlich, das muss unser gesellschaftlicher Anspruch sein, das

(Abg. Mohring)

gilt für jeden, wie er sich gesellschaftlich engagiert als Arbeitgeber, als Arbeitnehmer, als Gewerkschafter, als Politiker, als Ehrenamtlicher, als Sportler, als Feuerwehrmann: Wir wollen keine Rassisten in dieser Gesellschaft, wir wollen keine Antidemokraten in dieser Gesellschaft, wir wollen, dass Diskriminierung in diesem Land verboten wird, dass wir alle dagegen auftreten, dass Extremisten keinen Platz haben. Aber wir wollen nicht, dass Sie das staatlich verordnen und eingreifen und Dokumentationen und Bürokratie organisieren,

(Beifall CDU)

sondern wir brauchen eine Gesellschaft, die das aus dem Herzen heraus tut und nicht neue Spaltung organisiert. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE)

Frau Hennig-Wellsow, heben Sie sich doch Ihre Kraft auf! Würden Sie doch einmal eine ordentliche Wahlkampfreden irgendwo halten und nicht andauernd dazwischenbrüllen, würden Sie viel mehr tun. Da könnten Sie viel mehr leisten.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Dieses dauernde Dazwischenbrüllen – weil sie nicht reden darf. Darauf wollte ich zu sprechen kommen. Er muss ja den ganzen Wahlkampf machen. Sie lassen sie ja nicht reden, weil sie wissen, dass die Leute dann sehen würden, dass hinter ihm die Ideologen, Rassisten und Extremisten am linken Rand stehen,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit!)

(Beifall CDU)

die diese Gesellschaft verändern wollen. Deswegen lassen Sie sie nicht reden und auftreten. Deswegen versteckt er das Parteilogo. Das kommt doch nicht von ungefähr. Das würde ich an seiner Stelle auch machen. Ich würde mich auch nicht mit Ihnen bei Wahlkampfveranstaltungen zeigen. Da würde ja rauskommen, für was Sie stehen. Das ist doch ganz klar.

(Beifall CDU)

Das hört man doch an Ihrem Gebrüll hier. Ist doch so. Schauen Sie mal, Sie wollen nicht aufhören mit Ihrer Gesinnungsschnüffelei beim Staat. Sie wollen beim privaten Arbeitgeber eingreifen und Sie wollen sogar die Medien beeinflussen – all das. In der Rassismusbekämpfung wollen Sie neue Maßstäbe setzen.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Ja, das ist doch gut!)

Sie haben die Forderung formuliert, Medienberichte auf rassistische und diskriminierende Inhalte und Formulierungen zu prüfen. Das ist schlichtweg Zensur. Das hatten wir in der Zone. Das wollen wir nicht mehr. Das geht Sie nichts an.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Das müssen Sie aushalten. Das ist Meinungsfreiheit. Das ist Pressefreiheit. Sie wollen rumfummeln. Das ist Ihr Staat, den Sie gern haben wollen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagt der Richtige!)

(Unruhe DIE LINKE)

Ich habe mir nicht vorstellen können, dass es 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution im Jahr 2019 politisch Verantwortliche gibt, die wieder meinen, mit den Medien Politik machen zu wollen. Dass Sie das machen, das entlarvt einiges. Bei Ihnen ist die Zeit offensichtlich ganz schön stehen geblieben.

(Beifall CDU)

Sie wollten schon immer penibel eingehaltene Sprachregelungen – ich sage das ausdrücklich nach links. Das haben wir damals schon ...

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben das gemeinsam gemacht und Sie können nicht einfach so tun, als wäre das nicht passiert!)

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, Abgeordneter Mike Mohring hat jetzt das Wort.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Genau. Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wissen Sie, Die Linke – das ist, was Sie wollen, die ganz Linke – will auf sanften Sohlen eine Systemtransformation vorbereiten. Das hat die gesamte Wahlperiode gezeigt. Sie sagten es auch gerade. Es stimmt – das muss man im Protokoll festhalten, das zeigt die Enquetekommission, das zeigt Ihr Zwischenruf –, Sie wollen einen anderen Staat. Wir wollen ihn nicht. Wir wollen diesen Staat besser machen. Wir wollen diese Gesellschaft besser machen. Sie wollen das System überwinden. Sie wollen Ihren altideologischen linken Ansatz umsetzen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU)

Sehen Sie, der Staatskanzleiminister Hoff hat hier in diesem Hohen Haus gesagt – und ich will es zitieren, Frau Präsidentin, und in Erinnerung rufen: Linksextrem ist für ihn ein Ehrentitel und er trage ihn mit Stolz. Und die Fraktionsvorsitzende der Linken hat angesichts des jüngsten Programmparteitags gesagt, dass die Linke als sozialistische Partei – auch hier zitiere ich noch mal – natürlich die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stelle und es nicht reiche, den Kapitalismus grün anzustreichen und etwas sozialer zu machen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das stimmt doch auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün, das sagen die, wenn ihr nicht dabei seid. Das sagen die über euch. Die wollen eine andere Gesellschaft. Die benutzen euch dazu, das umzusetzen. Ihr seid nur Mittel zum Zweck, weil sie eine andere Gesellschaft wollen.

(Beifall CDU)

Das ist die Wahrheit.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Du sagst doch nicht, was du willst!)

Das ist die Wahrheit. Wissen Sie, dass die Linke mit Rot-Rot-Grün nicht einfach ein besseres, sondern ein grundlegend anderes Thüringen will, das zeigt sich auch am Paritätsgesetz. Dass ab 2020 – das wollen Sie – die Landtagswahllisten abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt werden sollen – gesetzlich festgelegt –, ist deshalb eklatant,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Redet er eigentlich zum Thema? Frage ans Präsidium!)

weil der Wissenschaftliche Dienst dieses Hauses, dieses Thüringer Landtags festgestellt hat, dass damit gleich gegen mehrere Verfassungsgrundsätze verstoßen würde. Die Freiheit und Gleichheit der Wahl, die Organisations- und Programmfreiheit der Parteien und ihre Chancengleichheit, um die naheliegendsten Gründe zu nennen, wo der Wissenschaftliche Dienst Verfassungsverstöße sieht. Ich muss mal sagen: Eine politische Partei, die Regierungsverantwortung hat, die mit einem Gesetz gleich gegen drei Verfassungsgrundsätze verstößt, gehört abgewählt und nicht weiter in Verantwortung gesetzt. Das ist die Wahrheit. Das ist der Punkt.

(Beifall CDU)

Sie haben nicht nur da Verfassungsgrundsätze außer Acht gelassen, sondern auch noch an anderer Stelle ignoriert. Ich denke an den höchst bedenklich

vorgreifenden Haushalt 2020, wo der Haushaltsbeschluss der Selbstverlängerung der 6. Wahlperiode gleichkommt, das Budgetrecht des 7. Landtags verletzt, das Demokratieprinzip wohlwissentlich aus Machtkalkül mit Füßen getreten wird.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Was hat das mit der Enquetekommission zu tun?)

Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Paritätsgesetz, mit der Enquetekommission und all dem anderen in dieser Legislatur sieht man linke Identitätspolitik. Als Fürsprecher mehr oder minder einleuchtend definierter Gruppen oder vermeintlicher Diskriminierungssachverhalte wollen Sie politisches Kapital generieren. Darum geht es. Dadurch gerät nicht nur die große Mitte der Gesellschaft, für die wir als CDU stehen, aus dem Blick, Ihre linke Identitätspolitik schafft Verunsicherung, sie spaltet die Gesellschaft und sie ist letztendlich Nährboden für die AfD. Genau das – Sie wollen die Spaltung, weil Sie das brauchen.

(Beifall CDU)

Links braucht AfD und die da drüben brauchen Sie.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Glauben Sie sich das eigentlich selbst?)

Aber mit diesem Vergangenheitsflicken ist keine Zukunft zu gestalten, weder damit noch damit, das ist die Wahrheit.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das ist euer Koalitionspartner!)

Wissen Sie, ein vergleichbares Muster zeigt sich auch in der Migrations- und Integrationspolitik. Seit 2015 verweigert Rot-Rot-Grün, die Landesregierung, im Bundesrat konsequent alle Versuche, die Fluchtmigration nach Deutschland zu begrenzen und zu steuern. Bodo Ramelow preist seine Partei, weil sie im Bundestag konsequent dagegen opponiert. Aber welches Deutschland wird es am Ende sein, wenn alle dieser Logik folgen dürfen, alle dürfen rein, keiner muss raus, alle Neubürger, oder man folgt dieser Logik, alle raus, keiner rein? Beides ist falsch, schwarz oder weiß, damit kann man kein Land gestalten. Das Land ist komplizierter, die Fragen sind komplizierter. Es braucht Augenmaß, Maß und Mitte, aber es braucht definitiv nicht diese Extrempositionen von der einen wie von der anderen Seite für unser Land.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und keinen Mike Mohring!)

(Abg. Mohring)

Wir haben dem unser Integrationsgesetz entgegengestellt, ich will das zum Schluss sagen. Gegen jedwede parlamentarische Gepflogenheit haben Sie das einfach liegen lassen. Sie haben einen Gesetzesentwurf einer Fraktion, der größten Fraktion in diesem Landtag, ignoriert, haben verweigert, ihn in den Ausschüssen zu bearbeiten. Darin zeigt sich Ihre gesamte Ignoranz in dieser Wahlperiode. Sie reden von Freiheit, Sie reden von Toleranz. Aber das Wenigste, was Sie selbst bieten können – von links ausdrücklich –, ist Toleranz zu leben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie reden von allem Möglichen, aber nicht von der Enquete!)

Toleranz ist keine Einbahnstraße und eine Demokratie ist stark, wenn man beides respektiert, die Meinung des anderen, und auch für die eigene streitet.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Dann fang doch an, Meinungen zu akzeptieren, Mike!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie mich darauf hinweisen, dass die Redezeit zu kurz ist. Ich will nur einen Punkt zusammenfassen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Ein überheblicher Vogel! Junge, Junge!)

Vizepräsidentin Jung:

Nein, Ihre Redezeit ist um, schon weit überschritten.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Die Enquetekommission hat Ihre Chance leider verтан. Sie haben überzogen. Danke schön.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit!)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordnete Lehmann das Wort.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, spätestens mit der Rede von Mike Mohring ist hier eines klar geworden: Dass die CDU diese Enquetekommission tatsächlich nur für ihren Wahlkampf missbraucht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon einigermaßen erstaunlich, wie Sie sich hier vorn hinstellen und die Arbeit dieser Kommission bewerten, ohne auch nur ein einziges Mal da gewesen zu sein. Ich persönlich finde, das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedauere sehr, wie die öffentliche Debatte zu unserer Kommission in den letzten Wochen gelaufen ist. Es ist eigentlich die Aufgabe einer Enquetekommission, einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Darum haben wir uns immer bemüht, auch wenn das nicht leicht war.

Über Rassismus und Diskriminierung zu sprechen, führt immer wieder zu Abwehrreflexen, die oft mit dem Vorwurf verbunden sind – und das haben wir auch heute gehört –, dass es sich um einen Generalangriff auf ganze Personengruppen handelt. An dieser Stelle will ich eines klarstellen: Wir nehmen keine Generalisierung vor. Meine Fraktion und ich sind dankbar für die Arbeit, die zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungssystem und bei der Polizei geleistet wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber nicht, dass dort keine Fehler gemacht werden, und das heißt auch nicht, dass man über diese Fehler dann nicht sprechen darf. Im Gegenteil, staatliche Institutionen müssen sich wie alle anderen auch in unserer Demokratie an demokratischen Prinzipien messen lassen. Eine Auseinandersetzung zu Rassismus und Diskriminierung zu führen, ohne Rassismus zu benennen, ist schlichtweg unmöglich. Und es ist wichtig, darüber zu sprechen. Genauso wie wir eine breite Debatte über die Klimapolitik brauchen, brauchen wir auch eine Debatte um das politische Klima in unserem Land. Dabei können wir Rassismus nicht verschweigen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir als Parlament tragen Verantwortung dafür, dieses Thema ernst zu nehmen und Konsequenzen daraus abzuleiten.

(Abg. Lehmann)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Aufgabe haben wir uns in den letzten gut zweieinhalb Jahren gestellt und uns als Abgeordnete haben unabhängige Sachverständige unterstützt. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Sachverständigen, die von CDU, von der Linken, von der SPD und von den Grünen benannt wurden. Stellvertretend vielen Dank an Dr. Britta Schellenberg und Frau Dr. Franziska Schmidtke für eure Zeit, für eure Expertise und für die Zusammenarbeit!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem haben wir über 200 Betroffenenverbände und Opfergruppen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Personen mit Fachexpertise aus dem institutionellen Bereich und aus der Zivilgesellschaft angehört. Auch ihnen gilt in besonderem Maße unser Dank für die klaren, aber auch berührenden Worte. Im Ergebnis stand eine Bestandsaufnahme, die gezeigt hat, dass im gesellschaftlichen Zusammenleben in Thüringen klare Defizite bestehen. Rassismus und Diskriminierung erfahren Betroffene in vielen Lebensbereichen. Mit vielen davon haben wir uns beschäftigt: mit institutionellem und behördlichem Handeln bei Polizei, Justiz und Verwaltung sowie mit Schulen und dem Arbeitsmarkt, aber auch mit Medien, Kultur und der Aufarbeitung des Kolonialismus.

Auch wenn in den letzten Wochen zum Teil ein anderer Eindruck entstanden ist und auch der eine oder andere daran gearbeitet hat, den heute fortzusetzen: Es gibt Maßnahmen, die auch über die Grenzen der Koalitionsfraktionen hinaus eine breite Zustimmung in der Kommission gefunden haben. Auf einige würde ich gern eingehen.

Eine Forderung, die immer wieder aufkam, war, die Fortbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen in der Schule, aber auch im Kindergarten, für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Justiz, Verwaltung und bei der Polizei zu stärken, weil das rassistisch und diskriminierungssensibel wirken kann. Außerdem haben wir vorgeschlagen, die Projekte zur Förderung der Demokratie zu stärken, indem wir diese Projekte verstetigen. Das kann aus unserer Sicht zum Beispiel mit einem Demokratiefördergesetz passieren, wie es zurzeit auf Bundesebene diskutiert wird, ein Thüringer Zentrum für Demokratieförderung könnte aber beide Aspekte auch noch miteinander verbinden, Weiterbildung auf der einen Seite und Demokratiebildung auf der anderen Seite.

Ein dritter Punkt ist die Verankerung von „Rassismus und Diskriminierung“ als Querschnittsthema in Schulen und im Sozialkundeunterricht. Dieser Ansatz rassistischkritischer und diskriminierungssensibler Bildung – die CDU nennt es in ihrem Sondervotum „soziales Lernen“ – ist sich im Kerngedanken eigentlich sehr ähnlich. Mir ist schleierhaft, warum die CDU trotz dieser Gemeinsamkeiten die entsprechenden Empfehlungen abgelehnt hat. Gerade vor dem Hintergrund, dass Sie sagen, dass Rassismus eher ein individuelles Einstellungsproblem ist, hätten Sie diesen Maßnahmen erst recht zustimmen müssen, weil die sehr konkret bei Individuen ansetzen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt natürlich auch Handlungsempfehlungen, die kontrovers diskutiert wurden. Ein Beispiel ist heute hier schon aufgekommen, das Racial Profiling. Jetzt gibt – und da sind wir uns gar nicht uneinig – der Gesetzestext zum Polizeiaufgabengesetz eigentlich keine Grundlage dafür, dass Personenkontrollen ausschließlich aufgrund der vermeintlichen ethnischen Herkunft durchgeführt werden. Das hat auch zum Beispiel das Innenministerium in der Kommission noch mal klargestellt. Betroffenenverbände haben aber berichtet, dass es dennoch immer wieder zu genau solchen Kontrollen kommt. Das heißt für uns, dass wir damit auch umgehen müssen, und deswegen sprechen wir uns dafür aus, ein explizites Verbot von Racial Profiling ins Polizeiaufgabengesetz zu übernehmen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt sagen, das gibt es gar nicht und das ist gar kein Problem, gäbe es an und für sich auch kein Problem, das mit in das Gesetz aufzunehmen. Ich hätte das gern in der Kommission diskutiert, ich wäre auch bereit gewesen, diese Forderung in einem Sondervotum zu formulieren, wenn wir für die oben genannten Empfehlungen eine gemeinsame Empfehlung hätten abgeben können, aber dazu war die CDU-Fraktion in der Kommission leider nicht bereit.

(Beifall DIE LINKE)

Sie wollten stattdessen einen Abschlussbericht ohne Handlungsempfehlungen abgeben, das war Ihre Strategie. Das verfehlt aber Sinn und Zweck einer Kommission, dann hätten wir uns die Arbeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren schlicht sparen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Lehmann)

Stattdessen versuchen Sie sich hier jetzt noch in eine Opferrolle zu stilisieren. Das ist auch deswegen nicht angemessen, weil wir als regierungstragende Fraktionen immer versucht haben, die Arbeit der Kommission und auch die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen mit Ihnen gemeinsam zu gestalten. Sie können Herrn Tischner gern mal fragen – er ist Vorsitzender der Kommission und für uns auch immer Ansprechpartner gewesen –, wie oft ich ihn seit Anfang des Jahres telefonisch, persönlich, per SMS oder per E-Mail kontaktiert habe, um mit Ihnen als CDU-Fraktion ins Gespräch zu kommen, um eben gemeinsame Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Das war leider erfolglos. Warum, müssen Sie uns erklären.

(Unruhe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben immer wieder Brücken gebaut, genutzt haben Sie die nie. Das gilt im Übrigen auch bis zur letzten Sitzung der Enquetekommission, auch hier haben wir noch Anläufe unternommen, gemeinsame Empfehlungen zu erarbeiten. Das lässt sich zum Beispiel auch im Wortprotokoll der Sitzung nachvollziehen.

Dass Sie uns jetzt vorwerfen, dass wir keinen Diskussionsprozess zu den Handlungsempfehlungen wollten, ist auch vor dem Hintergrund einfach absurd. Dass es diese Zusammenarbeit nicht gegeben hat, finde ich persönlich wirklich enttäuschend, weil Sie sich damit dem Gedanken einer ergebnisorientierten und überparteilichen Enquetekommission entzogen haben. Das ist natürlich Ihr gutes Recht, aber anstatt inhaltlich und konstruktiv mitzuarbeiten, unternehmen Sie in Ihrem Sondervotum den Versuch, die Enquetekommission zu diskreditieren. Mit dem, was Herr Tischner am Anfang als Vorsitzender dieser Kommission hier gesagt hat, nämlich dass wir mit Anstand und Respekt miteinander umgehen wollen, hat das leider nicht besonders viel zu tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie Mitglieder der Kommission platt als verlängerten Arm der linksextremen Antifa und als ideologisch beeinflusst oder unsere Arbeit als eine Art Türöffner für Verschwörungstheorien bezeichnen, dann hat das mit einem guten Miteinander in diesem Parlament leider nichts gemein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Als Politikerinnen und Politiker sind wir verbale Angriffe inzwischen leider gewohnt, aber wenn Sie re-

nommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – und auch diese sind Mitglieder unserer Kommission – auf die Art und Weise diskreditieren, dann ist das meiner Meinung nach der Arbeit des Parlaments unwürdig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das ist auch noch nicht alles, es geht weiter. Sie bezeichnen Opferverbände als private Interessengruppen. Damit nehmen Sie weder die Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen der betroffenen Personen ernst, noch erkennen Sie die Fachexpertise der Opferverbände an. Das ist nicht nur unangemessen, das ist auch falsch.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle noch eine Anmerkung zur AfD-Fraktion: Es wundert wohl niemanden, dass Sie in Ihrem Sondervotum einen abweichenden Rassismusbegriff predigen, der darauf abzielt, dass Rassismus nur eine notwendige Differenzierung sei. Im Prinzip sagen Sie eines: Sie brauchen Rassismus, damit Sie gesellschaftliche Unterschiede machen können, damit Sie einen Grund haben, um Personengruppen abzuwerten. Das kann keine Grundlage für die Arbeit der Enquetekommission sein und solche Positionen dürfen auch keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, eines muss klar sein: Wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung geht, dann darf Profilierung keine Rolle spielen, denn es geht um Menschen, die tagtäglich von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, die verbale und körperliche Gewalt erfahren. Es ist müßig, hier immer wieder Menschenrechte und Solidarität verteidigen zu müssen. Wie müssen sich aber diejenigen fühlen, denen das tatsächlich tagtäglich begegnet? Genau für diese Menschen führen wir diese Debatte, genau diesen Menschen haben wir unsere Arbeit in den letzten zweieinhalb Jahren gewidmet, denn es ist unser Ziel, in einer freien und solidarischen Gesellschaft zu leben, in der jeder und jede gut leben kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht nur in einer Gesellschaft, in der Rassismus keinen Platz hat, und dafür kämpfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jeden Tag. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordnete Herold jetzt das Wort.

Abgeordnete Herold, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, soweit im Saale anwesend, liebe Besucher auf der Tribüne und Zuschauer im Internet!

Vorab, Frau Berninger, es freut mich sehr, dass Sie neben Ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit in der Kommission für alle Benachteiligten, Behinderten und Leidenden dieser Welt noch genügend Zeit übrig hatten, die Tagungsgetränke der AfD-Kommissionsmitglieder zu zählen. Danke schön!

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Eine Enquetekommission dient zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte, wie es in der Geschäftsordnung des Landtags heißt. Parteiengezänk sollte daher mehr noch als sonst irgendwo dahinter zurückstehen, eine nüchterne und wissenschaftliche Betrachtungsweise und Erörterung sollte der Lenkung der Geschicke unseres Landes zugrunde liegen. Gemessen daran ist der vorliegende Endbericht dieser Kommission eine Bankrotterklärung, eine intellektuelle Bankrotterklärung und eine wissenschaftliche Bankrotterklärung.

(Beifall AfD)

Vom ersten Tag an war dieses Projekt ein rein ideologisches, das rein ideologische Ziele verfolgte. Wer diese Ziele nicht teilt oder sogar wagt, dagegen anzusprechen und aufzustehen, der ist hier ganz einfach ein Rassist, tatsächlich genauso plump wie die Konstruktion dieses Begriffs „Rassismus ohne Rassen“, den diese Kommission als ihre Arbeitsgrundlage gefunden hat. Ich habe hier bereits anlässlich der Vorstellung des Zwischenberichts dargelegt, wie sich hinter diesem ideologischen Konstrukt des Antirassismus eine neokommunistische Agenda verbirgt. Inzwischen verbirgt sie sich ja nicht nur, sondern sie tritt offen zutage. Das kommt davon, wenn man, wie in den vorangegangenen Legislaturperioden auch mit Hilfe und Unterstützung der CDU geschehen, ein Landesprogramm gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und alles, was sonst an unerwünschten politisch störenden Verhaltensweisen auftreten könnte, mit Millionen von Euro ausstattet und damit dem politischen Gegner, der Linken, praktisch die Existenzgrundlage zuweist und sich dann wundert, wenn diese Linke immer extremer wird und einmal an die Macht gekommen, Oppositionsrechte miss-

achtet und mit der CDU eben nicht so vertrauensvoll zusammenarbeitet, wie die CDU sich das in ihren kindlichen Träumen vorgestellt hat.

(Beifall AfD)

Der Endbericht ist durchzogen von dem Wunsch, das menschliche Leben mit unzähligen Kontrollgremien zu überziehen. Ich fühle mich jeden Tag in eine Dystopie von Orwell zurückversetzt mit Doppeldenk und Zwiespach, Gedankenpolizei und Wahrheitsministerium. Schauen Sie sich die Empfehlungen an: Kein Bereich des gesellschaftlichen Lebens bleibt vom Generalverdacht verschont. Die Polizei wird mit Zwangsmaßnahmen bedroht, dass die eigenen Gewerkschaften zu der Einschätzung kommen, es handele sich um fatale Fehleinschätzungen und implizierte Vorwürfe, die Thüringer Sicherheitsbehörden hätten ein gravierendes Rassismus- und Diskriminierungsproblem.

Ich frage mich, ob angesichts drohenden Kontrollwahns und Kontrollwut es überhaupt immer noch junge Leute in Thüringen gibt, die freiwillig und gerne den Beruf des Thüringer Polizisten ergreifen sollen. Ich würde ihnen nur raten, angesichts dieser Bedrohungsszenarien schreiend die Flucht zu ergreifen.

(Beifall AfD)

Der Endbericht ist durchzogen von dem Wunsch, alle Lebensbereiche mit Aufpassern und Förderern der richtigen antirassistischen Gesinnung zu bestücken. Selbst vor der Gesetzgebung schreckt diese Gedankenpolizei nicht zurück. Gesetzentwürfe sollen auf diskriminierungskritische Folgen hin überprüft werden. Bei Verabschiedungen von Gesetzen und Verordnungen soll geprüft werden, inwieweit aus diesen intendierte oder nicht intendierte diskriminierende und rassistische Effekte erfolgen können. Die Inquisition war dagegen auf schwäbisch gesagt „a Nasewässerle“.

(Beifall AfD)

Ich empfehle, sich bei der Umsetzung auch einmal zum Beispiel mit der islamischen Republik Iran in Verbindung zu setzen. Die haben ja den Wächterratt und haben tief greifende Erfahrungen darin, wie man das gesellschaftliche Leben hier in diesem Falle mit Religion, aber im Thüringer Falle wäre es dann Ideologie, vor allem linke und rote Ideologie, flächendeckend und bis in die letzte Faser tränken könnte.

(Beifall AfD)

Das alles strömt so unverkennbar einen totalitären Machthunger aus, dass selbst die CDU auf den letzten Metern noch kalte Füße bekam und ausstei-

(Abg. Herold)

gen wollte. Es war rührend, mit anzusehen, was die Kommissionsvertreter in den verbliebenen Sitzungstagen noch alles an Änderungswünschen vorgelesen und einzeln abgestimmt haben. Es wurde natürlich von der linken Mehrheit alles abgelehnt. Die Vertreter der CDU sprachen sich auf einmal gegen eine Überprüfung von Lehr- und Lernmaterial auf rassistische und diskriminierende Inhalte und Darstellungen aus, da sie befürchteten, dass diese Maßnahmen als Zensur empfunden werden könnten. Ja, liebe CDU, sind Sie gerade erst aufgewacht? Wir reden seit Jahren zum Beispiel über die Grundreinigung von Kinderbüchern von heutzutage als sprachliche Missgriffe diskriminierten und gekennzeichneten Wörtern und Sätzen. Dagegen hat bisher noch niemand aus der CDU Thüringen laut und vernehmlich aufgeschrien.

(Beifall AfD)

Als in dem Endbericht frank und frei in den Medien eine geschönte Berichterstattung gefordert wurde, hatten Sie ja auch Vorbehalte. Ich zitiere: „Nach 40 Jahren Agitation und Propaganda durch den Staatssozialismus der DDR findet sich insbesondere bei älteren Bürgern auch noch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein feines Gespür für eine mögliche Diskrepanz zwischen medialer Sprache und der erlebten Wirklichkeit im eigenen Alltag. Gut gemeintes, aber offensichtlich absichtsvolles ‚Framing‘ ist Wasser auf die Mühlen von Populisten [...]“

Da haben Sie zum Ersten nicht gemerkt, wer a) gendert, muss b) auch irgendwann Gedankenkontrolle sagen. Und zum anderen: Ist das wirklich Ihre einzige Sorge? Ist das Ihre einzige Antwort auf das Erstarken einer Partei wie der Alternative für Deutschland? Ich glaube, Sie müssen politisch Hausaufgaben machen.

(Beifall AfD)

Denn wenn es Lehren aus der Geschichte gibt, dann die, dass den Feinden der Freiheit, den heimlichen Verächtern der offenen Gesellschaft die Maske vom Gesicht gerissen werden muss.

(Beifall AfD)

Sie meinen, im Namen einer höheren Moral zu sprechen, um dann umso selbstgefälliger Menschen zu quälen, zu schikanieren und zu verfolgen. Davon haben wir wahrlich genug erlebt.

(Beifall AfD)

Opfer von Rassismus, von Diskriminierung, deren Schicksal sich nicht im Sinne Ihrer Ideologie bewerten lässt, haben die Linken in der Kommission bewusst ignoriert, obwohl sie damit mehrfach kon-

frontiert wurden. Ich erinnere an die beschämende Ignoranz, die Herrn Prof. Dr. Reinhard Schramm entgegengebracht wurde, als er über den Judenhass muslimischer Einwanderer sprach und wie dieser dann bagatellisiert wurde. Ernst zu nehmende Untersuchungen derer, die es nämlich angeht, berichten davon, dass mehr als 50 Prozent des in Europa grassierenden Antisemitismus und Judenhasses den Linksextremen und ihren muslimischen Kumpels und Freunden zuzurechnen ist. Nur 13 Prozent aller gegen Juden ausgeübten Gewalttaten gehen auf das Konto von Rechtsextremisten, das heißt von Neonationalsozialisten.

(Beifall AfD)

Wir haben diese heuchlerische Doppelmoral der Enquetekommission mit ihrem ganzen pseudowissenschaftlichen Unfug in einem Sondervotum zusammengetragen, unserem alternativen Bericht. Er liegt bei uns in der Fraktion aus und kann dort gern mitgenommen werden.

(Beifall AfD)

Setzen Sie sich bitte mit unseren Vorwürfen an die Kommission und unseren alternativen Handlungsempfehlungen auseinander! Argumentieren Sie bitte dagegen, falls Sie es können! In der Kommission haben Sie die Gelegenheit dazu nicht ergriffen. Warum? Weil Sie schlicht keine Argumente haben. Rassismus und Diskriminierung sind schlimmstenfalls eine Verhaltensstörung, aber nichts was ein staatliches Superprogramm rechtfertigt, das personelle und finanzielle Ressourcen verschlingt, das Vertrauen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft ruiniert, das spaltet, das die Menschen in Opfer und Täter einteilt, wobei die jeweils gerade regierungstragenden Mehrheiten definieren dürfen, wer Opfer ist und wer Täter. Wir werden nicht ruhen, diesen neuen Totalitarismus zu demaskieren. Denn Antirassismus als staatliche sogenannte Handlungsempfehlung ist nichts anderes als Rassismus gegen die breite gesellschaftliche Mehrheit, gegen unser Land und gegen unser Volk.

(Beifall AfD)

Aus diesem Hass ist noch nie etwas Gutes entstanden und wir werden uns daher mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegenstellen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Henfling das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Präsidentin, liebe Gäste auf der Tribüne und auch am Livestream! Wir hätten uns heute hier ohne Probleme sehr gut mit Inhalten beschäftigen können, aber leider zwingt mich insbesondere das Auftreten des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, hier auch noch mal ein paar Worte zu verlieren.

Was war das denn gerade, Mike Mohring? War das ein „Möcke“ oder war das ein „Hohring“? Man weiß es nicht genau.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Anfang kurz links geblinkt und tatsächlich was zu Rassismus gesagt, was gar nicht so dumm war, und dann doch rechts abgebogen. Wie schlecht muss es der CDU in Thüringen eigentlich gehen, dass sie die Mottenkiste aufmachen, die roten Socken wieder rausholen und hier so tun muss, als würde sie gegen die ganzen Kommunisten der halben Welt kämpfen müssen? Ich glaube, nach dieser Rede ist eines zumindest ziemlich deutlich:

(Unruhe CDU)

Es gibt nur noch eine Regierungsoption für die CDU nach dieser Wahl, und die sitzt sehr weit rechts, denn allen anderen haben Sie hier gerade richtig ins Gesicht gespuhkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Da haben Sie nicht zugehört, Frau Kollegin!)

Ich habe sehr gut zugehört, genau das ist der Punkt. Mit wem wollen Sie denn regieren? Mit wem wollen Sie denn regieren, wenn Sie alle anderen hier so behandeln? Ich lasse es nicht zu, dass Sie hier Rot-Rot-Grün auseinanderdividieren. Ich lasse mich auch nicht von den Kolleginnen und Kollegen der Linken hier auseinanderdividieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das gemeinsam beschlossen und wir tragen diese Enquetekommission und ihre Handlungsempfehlungen gemeinsam.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nationale Front!)

Und wenn Sie die Kolleginnen und Kollegen der Linken beleidigen, beleidigen Sie die Koalitionspart-

ner mit. Das haben Sie anscheinend irgendwie falsch einkalkuliert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur AfD ist eigentlich nur eines zu sagen. Matthias Quent hat ein sehr schlaues Buch geschrieben. In diesem schlaunen Buch steht ein Satz und der heißt: Die AfD ist nicht das Opfer, die AfD ist der Aggressor.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten wir uns immer, wenn die AfD hier nach vorn geht, auf die Fahnen schreiben, denn Sie sind keine Opfer, Sie verharmlosen sich selbst und Sie wollen sozusagen hier dafür sorgen, dass andere Verhältnisse herrschen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das werden wir zu verhindern wissen.

(Unruhe AfD)

Nun komme ich zum eigentlichen Inhalt. Zunächst möchte ich erst mal meiner Zufriedenheit darüber Ausdruck verleihen, dass es der Enquetekommission trotz des eng gestrickten Zeitplans gelungen ist, einen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorzulegen. Die Empfehlungen bieten aus unserer Sicht eine sehr gute Grundlage, auf der in der kommenden Legislaturperiode wirksame und zielgerichtete Maßnahmenpakete zur Zurückdrängung von Rassismus und Diskriminierung entwickelt und umgesetzt werden können.

Laut § 84 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung soll eine Enquetekommission Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte vorbereiten. Der konkrete Arbeitsauftrag dieser Kommission war es, vor dem Hintergrund der rassistischen Mordserie des NSU Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierung zu untersuchen und auf der Grundlage dieser Analyse Handlungsempfehlungen zur Zurückdrängung rassistischer und diskriminierender Einstellungen in Thüringen zu erarbeiten. Unter dem Gliederungspunkt D des vorliegenden Abschlussberichts finden Sie nun zu den unterschiedlichen Themenfeldern insgesamt 50 Handlungsempfehlungen. In die Zufriedenheit dieser Ergebnisse mischt sich aber natürlich ein Wermutstropfen, den auch die Kolleginnen hier schon angesprochen haben, denn Enquetekommissionen sind üblicherweise darauf angelegt, möglichst viele Empfehlungen mit einem möglichst breiten Konsens zu beschließen. Ich bedauere sehr, dass das in dieser Kommission leider nicht gelungen ist, denn die Handlungsempfehlungen konnten nur mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und

(Abg. Henfling)

der von ihnen benannten Sachverständigen beschlossen werden, während sich die von der CDU benannten Sachverständigen überwiegend enthielten und die Abgeordneten der CDU und der AfD die Empfehlungen gänzlich ablehnten. Die Erklärung für dieses Abstimmungsverhalten dürfte in der Tatsache begründet liegen, dass sich die Mitglieder der Kommission nicht auf eine gemeinsame Arbeitsgrundlage einigen konnten.

Bereits zu Beginn der Kommissionsarbeit scheiterte die Verständigung zu den Begriffsbestimmungen von Rassismus und Diskriminierung. Der fehlende Konsens in dieser Frage hat die Kommissionsarbeit über die gesamte Dauer belastet und letztendlich auch die Erarbeitung gemeinsamer Handlungsempfehlungen verhindert. Der nicht auflösbare Konflikt zwischen den Kommissionsmehrheiten und der CDU dreht sich darum, inwieweit strukturelle Faktoren bei der Analyse von Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Diskriminierung in die Kommissionsarbeit mit einbezogen werden sollten.

Im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit lehnte es die CDU ab, strukturelle Bedingungsfaktoren mit in den Blick zu nehmen, und verfolgte stattdessen einen engeren Erklärungsansatz. Nach diesem Ansatz sind die Ursachen von Rassismus und Diskriminierung ausschließlich in den illegitimen Einstellungsmustern einzelner Personen zu suchen.

Rassistische und diskriminierende Verhaltensweisen bleiben damit aber auch immer nur als ein individuelles Fehlverhalten erklärbar. Als Teil der Kommissionsmehrheit wollten und konnten wir eine solche Engführung in der Arbeitsdefinition nicht mittragen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für eine umfassende Situationsanalyse hielten wir es für unabdingbar, alle diskriminierenden Bedingungsfaktoren einfließen zu lassen, und dazu müssen dann auch die in Institutionen wirksamen strukturellen Mechanismen in den Blick genommen werden. Als Beispiel dafür kann auf den NSU-Komplex verwiesen werden. In diversen NSU-Untersuchungsausschüssen wurde bereits mehrfach thematisiert, dass für das Versagen der Sicherheitsbehörden neben dem individuellen Fehlverhalten einzelner Beamter auch strukturelle Bedingungsfaktoren mitursächlich waren. Der institutionelle Rassismus in diesem Fall zeigt sich darin, dass die Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden durch tief in den Behörden verankerte Vorurteilsstrukturen geprägt war. Diese führten im Ergebnis zu den bekannten fehlerhaften Ermittlungshandlungen, durch

die die rassistische Motivation der Mörder nicht erkannt und die Opferangehörigen zu Unrecht verdächtigt wurden.

An diesem Beispiel kann gezeigt werden, dass es auch dann zu einem institutionellen Fehlverhalten mit rassistischen Auswirkungen kommen kann, ohne dass dazu auf der individuellen Ebene bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

(Beifall DIE LINKE)

rassistische Einstellungen oder bewusste rassistische Handlungsmotivationen vorliegen müssen. Das, was wir da formuliert haben, ist übrigens das ganze Gegenteil von einem Generalverdacht,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern wir sagen ganz konkret: Teilweise hat der Einzelne vielleicht selbst gar keine rassistischen Einstellungen, aber die Art und Weise, wie bestimmte Institutionen funktionieren, führt am Ende zu rassistischer Diskriminierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich allerdings ausdrücklich zurückweisen muss, ist die Verknüpfung der Ablehnung des Erklärungsansatzes mit Vorwürfen gegen die Kommissionsmehrheit durch die CDU. Wie im Sondervotum erneut nachzulesen ist, wird hier wieder die Behauptung aufgestellt, die Kommissionsmehrheit würde Polizistinnen/Polizisten, Richterinnen/Richter und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes unter den Generalverdacht stellen. Und wie ich am Beispiel des NSU gezeigt habe, schreiben wir das mit dem gewählten Erklärungsansatz einzelnen Behörden und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern gerade nicht automatisch zu.

Die Engführung in der Arbeitsdefinition der CDU auf das individuelle Fehlverhalten als Ursache von Rassismus und Diskriminierung blendet aber, wie gerade beschrieben, nicht nur bestimmte Bedingungsfaktoren aus, sie führt in der Analyse auch zu einem weiteren gravierenden Nachteil. Staatliche Akteure werden in die Betrachtung überhaupt nicht einbezogen, da laut Definition Behördenmitarbeiterinnen/-mitarbeiter ja nur als Individuum diskriminierend agieren können. Dies führt dann, wie das Sondervotum der CDU zeigt, dazu, dass überhaupt keine Maßnahmen an staatliche Akteure adressiert werden. In den Anhörungen der Enquete wurden nun aber, was wenig überrascht, zahlreiche Darlegungen über Diskriminierungserfahrungen mit staatlichen Behörden vorgelegt.

Mike Mohring, ich finde es eine Unverschämtheit gegenüber Opfern und Betroffenen, die sich auch vor der Enquetekommission zu ihren rassistischen

(Abg. Henfling)

Erfahrungen geäußert haben, sich hier hinzustellen und zu behaupten, das wäre alles gar nicht so und die würden nur so ein bisschen „Mimimi“ machen und die wären einfach nur nicht gut und nett behandelt worden. Das ist eine absolute Frechheit

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich finde, eigentlich sollten wir aus dem NSU-Komplex mehr gelernt haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU klammert also das institutionelle Handeln staatlicher Akteure komplett aus. Deswegen bleibt auch die Perspektive der Betroffenen hier einfach unberücksichtigt. Aus unserer Sicht ist es aber wichtig, bei politischen Entscheidungen immer auch die Betroffenenperspektive mit einzubeziehen und wir haben das in der Kommission auch immer versucht, wo wir konnten. Wir haben deshalb aus den in den Anhörungen dargelegten Problemlagen Betroffener auch Rückschlüsse gezogen und zu allen in der Enquetekommission behandelten Themenfeldern Handlungsempfehlungen formuliert.

Im Interesse der von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Menschen in diesem Land konnten wir uns als Bündnisgrüne und als Teil der Kommissionsmehrheit nicht auf die Engführung der CDU einlassen. Damit will ich es mit der Erläuterung, warum es in der Kommission nicht gemeinsam mit der CDU zu Handlungsempfehlungen gekommen ist, auch bewenden lassen.

Die positiven Aspekte der Kommissionsarbeit sind natürlich überdeutlich, denn schließlich ist es uns gelungen, in vielen Themenbereichen Empfehlungen vorzulegen, die dazu geeignet sind, Rassismus und Diskriminierung in Thüringen wirksam zurückzudrängen und die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Auf einige Empfehlungen aus dem Katalog möchte ich im Folgenden etwas genauer eingehen. Einmal sind in der Beratung der Kommission unterschiedliche Themenfelder aufgegriffen worden. Was immer ein Thema war, ist, wie wichtig gut ausgestattete Beratungs- und Anlaufstellen für von Rassismus und Diskriminierung betroffene Personen sind. Wir begrüßen es deshalb, dass es hierzu bereits in der Legislatur zu einigen Verbesserungen gekommen ist. Beispielsweise kann durch das kürzlich novellierte Schulgesetz eine zentrale und unabhängige Ombudsstelle eingerichtet werden. 2016 hat eine bei der Thüringer Staatskanzlei angesiedelte Landesantidiskriminierungsstelle ihre Arbeit aufgenom-

men. 2017 hat sich mit dem Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk „thadine“ ein zivilgesellschaftlicher Akteur unter anderem mit dem Ziel der Unterstützung von Betroffenen gegründet und im Dezember 2017 wurde im Innenministerium eine Polizeivertrauensstelle eingerichtet.

An dem Beispiel der Polizeivertrauensstelle lässt sich aber auch verdeutlichen, wie notwendig es ist, bestehende Strukturen stetig fortzuentwickeln. Ich habe bereits in meinem Redebeitrag zum Zwischenbericht im März darauf hingewiesen, dass wir als Bündnisgrüne die Vertrauensstelle zu einer echten Polizeibeswerdestelle weiterentwickeln wollen. Zur Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit soll die derzeitige Vertrauensstelle aus dem Innenministerium ausgegliedert werden und die Stelle auch für die Beschwerden und Anliegen von Polizistinnen zugänglich gemacht werden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: So ein Quatsch!)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Der Experte spricht!)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: So viel Ahnung habe ich!)

Ich bin dankbar dafür, dass diese Empfehlung nun auch in dem Sondervotum einiger Sachverständiger in den Abschlussbericht aufgenommen wurde. Weitere wichtige Handlungsempfehlungen aus dem Bereich der Beratungsstrukturen zielen auf eine Weiterentwicklung der Landesantidiskriminierungsstelle und die Etablierung einer unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestruktur, über die dann eine flächendeckende Antidiskriminierungsarbeit entwickelt werden kann.

Weiterhin wurde in den Anhörungen in allen Themenfeldern auf die vielfach schlechte Datenlage von Diskriminierungsrealitäten hingewiesen. Deshalb finden sich auch in allen Themenfeldern Handlungsempfehlungen zur Erhebung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten oder zur Erstellung von Studien zu Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen. Nein, es ist keine Ausspähung der Thüringerinnen und Thüringer, sondern es ist ganz normale wissenschaftliche Arbeit. Dazu braucht man nämlich Daten, um tatsächlich hinterher auch die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Bereich zur Verbesserung der Situation der Betroffenen bezieht sich auf die Gesetzgebung. Auch dazu finden sich in vielen Themenfeldern Handlungsempfehlungen. Sehr wichtig ist uns auch eine Überprüfung gesetzlicher Bestimmungen zur Über-

(Abg. Henfling)

prüfung von polizeilichen Personenkontrollen – das ist hier auch schon angesprochen worden – und die Aufnahme eines Verbots von Racial Profiling in das Thüringer Polizeiaufgabengesetz.

Für meine Fraktion möchte ich mich zum Abschluss noch einmal recht herzlich für die engagierte Mitarbeit der Sachverständigen in der Enquetekommission bedanken,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz herzlich auch bei dem Sachverständigen unserer Fraktion, Kwesi Aikins. Vielen, herzlichen Dank, dass ihr diese Arbeit hier gemacht habt, weil es mehr oder weniger ehrenamtlich war und es war auch nicht einfach, wie ja die heutige Debatte auch regelmäßig zeigt.

Ganz herzlichen Dank auch noch mal an meinen Mitarbeiter Ralf Martin, der viele Aufgaben gestemmt hat. Viele Aushandlungsprozesse mussten unsere Referenten mittragen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und vielen herzlichen Dank an die Kolleginnen von Rot-Rot-Grün für die gute und manchmal durchaus auch etwas streitige, aber doch immer zielgerichtete und konstruktive Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Abgeordneter Schaft, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Schaft, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream, ganz kurz vorab: Was die CDU-Fraktion in ihrem Sondervotum und vor allem heute in ihrer Rede gemacht hat, ist das Opfern der Erkenntnisse der Enquetekommission für den Wahlkampf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was die CDU-Fraktion heute gemacht hat, ist ein Schlag in das Gesicht aller Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt. Mike Mohring, dann sollte sich die CDU-Fraktion mal an Wort und Tat messen lassen,

(Beifall DIE LINKE)

wenn du deine Rede damit beginnst, die CDU würde alles dafür tun, dass wir an der Seite der Opfer rechter und rassistischer Gewalt stehen. – Wie hat denn die CDU gestimmt, als es um den Antrag zum humanitären Bleiberecht für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt ging? Sie hat mit der AfD dagegen gestimmt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Wie hat sie denn gestimmt, als es um die Überprüfung von Todesfällen rechter Gewalt in Thüringen ging? Sie hat mit der AfD dagegen gestimmt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das Sondervotum ist nichts anderes als eine reine Ablehnung der Handlungsempfehlungen, die vorliegen. Man tut so, als könnte man Rassismus wegbilden. Wenn das so wäre, dann würde das CDU-Sondervotum – glaube ich – anders aussehen, denn zweieinhalb Jahre haben wir uns in der Enquetekommission ja quasi bilden lassen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber eigentlich bin ich nach vorn gekommen, weil ich die Gelegenheit nutzen möchte, für die von den Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD benannten Sachverständigen zu sprechen, denn die haben nicht die Möglichkeit, heute hier ein paar Worte zu sagen. Ich will in dem Zusammenhang auch noch mal den ganz herzlichen Dank aussprechen an die Sachverständigen, die uns begleitet haben: Ayşe Güleç, Koray Yılmaz-Günay, Joshua Kwesi Aikins, Iman Attia, Ozan Keskinkılıç und Franziska Schmidtke und auch Genesungswünsche an Britta Schellenberg an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sachverständigen, die ich gerade benannt habe, die das Ganze ehrenamtlich gemacht haben, die genauso wie wir, die wir das nun hier in unserem Alltag tagtäglich machen, sich durch die Aktenberge, durch die Unterlagen, durch die Stellungnahmen wühlen mussten und durften und konnten und mit uns beraten konnten, schreiben uns Folgendes zur Enquetekommission ins Stammbuch: Die Enquetekommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ geht nach zwei Jahren Arbeit zunächst formal zu Ende. Mit der Einrichtung einer solchen Kommis-

(Abg. Schaft)

sion waren zunächst viele Hoffnungen verbunden, ein Novum bundesweit: die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rassismus“ und seinen Erscheinungsformen und Auswirkungen. Rassismus, der letztlich der Nährboden, der Unterbau und der ermöglichende Kontext war für die Taten des NSU, die rassistischen Ermittlungsverfahren der Polizeiapparate sowie die Rolle des Verfassungsschutzes. Zu Beginn der Arbeit legten die Sachverständigen wissenschaftliche Definitionen von Rassismus vor. Dabei wurde nicht zuletzt darauf verwiesen, dass rassistische Diskriminierung keineswegs nur ein Konzept ist, über das sich trefflich streiten lässt, sie verweisen dann auch auf die im Bericht zu findende Definition der UN-Antirassismuskonvention. Sie verweisen darauf, dass die Formulierung dort sagt, dass es darum geht, dass Rassismus am Ende ein Ziel und eine Folge hat. Damit wird unmissverständlich deutlich, dass für das Vorhandensein rassistischer Diskriminierung der diskriminierende Effekt und nicht die Intention der Diskriminierung ausschlaggebend ist. Diese Definition weist weit über die in Deutschland oft zu beobachtende definitivische Engführung von Rassismus hinaus. Sie ist daher auch für Gruppen von zentraler Bedeutung, die von Rassismus betroffen sind. Sie sollte daher auch für die Landespolitik, für die den Menschenrechten direkt verpflichteten Behörden sowie für die öffentlichen Einrichtungen handlungsleitend sein. Dass dies nicht so ist, haben die Anhörungen, aber auch die Diskussionen innerhalb der Enquetekommission bedauerlicherweise unmissverständlich deutlich gemacht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sachverständigen betonen auch an der Stelle noch einmal: Nicht die Existenz von Rassen führt zu Rassismus. Es gibt ohnehin keine Menschenrassen. Das ist eine weiße Erfindung. Rassismus produziert die Rassenlogik,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

indem Menschen entlang von Kategorien wie Hautfarbe, Religion, Kultur oder Herkunft homogenisiert werden und ihrer vermeintlichen Gruppenzugehörigkeit nach wesentliche negative Eigenschaften zugeschrieben bekommen. Die Menschenrechte aber sind Teil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es ist bedauerlich, aber bezeichnend, dass auch Mitglieder der Enquetekommission trotz vorliegender aktueller wissenschaftlicher Forschung zu dem Themenkomplex immer wieder hinter dieser Definition zurückgeblieben sind.

Das Bestehen darauf, dass Rassismus nur ein illegitimer Ausdruck des Denkens Einzelner sei, zeigt, dass trotz der Erfahrung von NSU oder NSU 2.0 der Versuch, Rassismus weiterhin zu externalisieren und somit zu depolitisieren, immer noch vorherrscht, indem die Figur des vermeintlich legitim Andersdenkenden bemüht wird. Rassismus ist ein strukturell verankertes Problem, es ist nicht nur ein Problem von Andersdenkenden. Zugleich gibt es eine engagierte Zivilgesellschaft, Selbstorganisation und von Rassismus betroffene Personen, auf allen Ebenen, auch in der Landesverwaltung Aktive, die sich bereits gegen rassistische Diskriminierung einsetzen oder sich einsetzen wollen. Die Anhörungen und die Analysen der Enquetekommission haben eine Reihe an Stellschrauben identifiziert. Von diesen seien hier nur die notwendige differenzierte Erfassung rassistischer Diskriminierung in Thüringen sowie die fortlaufende Konsultation von Organisationen von Rassismus Betroffener sowie die Rechtsfolgenprüfung auf rassistische und anderweitige Diskriminierung durch Thüringer Gesetze herausgegriffen.

Die Sachverständigen kommen zu dem Schluss, die Enquetekommission war eine Sonderkommission des Thüringer Landtags. Die Aussagen der eingeladenen Expertinnen und Experten machen jedoch überaus deutlich: Rassismus kann nur effektiv bekämpft werden, wenn die im Rahmen der Enquetekommission vorgenommenen Analysen, Überprüfungen und Dialoge mit Betroffenen Teil des routinemäßigen Handelns von Landesregierung und Landesverwaltung werden. In diesem Sinne bietet der Abschlussbericht einen Werkzeugkasten. Nun liegt es an Ihnen, die bereitgestellten Werkzeuge zur Reparatur des Thüringer Gemeinwesens und zur Stärkung seiner menschenrechtlichen Fundamente zu nutzen.

Ich glaube, diese Worte der Sachverständigen sollten wir alle in Erinnerung behalten und mit in die Arbeit der nächsten Legislatur nehmen, damit dieser Bericht nicht nur ein Bericht bleibt, sondern wir ihn uns handlungsleitend für unsere politischen Projekte in der nächsten Legislatur mitnehmen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Minister Maier das Wort.

Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es gibt auch meinerseits keinen Zweifel an der Wichtigkeit des Themas, dessen sich die Kommission angenommen hat. Ich danke daher der Kommission noch mal für die Vorlage ihres Berichts, den ich als gute Diskussionsgrundlage für eine wichtige Debatte betrachte. Ich möchte allerdings zu den konkreten Handlungsempfehlungen ein paar Dinge sagen.

Was die konkreten Empfehlungen anbelangt, insbesondere wo sie polizeiliche Themen betreffen, gibt es meines Erachtens noch Erörterungsbedarf.

(Beifall CDU)

Hier bleibt eine weitere Diskussion abzuwarten und ich biete gern an, hierbei auch den Fachverstand meines Hauses einfließen zu lassen.

Zum Punkt Racial Profiling: Die Kommission empfiehlt zum einen, ein Racial-Profiling-Verbot in das Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen. Aus Sicht der Kommission kann ich diesen Wunsch gut verstehen. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass eine solche Gesetzesergänzung ihrerseits Ressentiments Vorschub leistet. Leicht könnte man das dahin interpretieren, dass die Thüringer Polizei rassistische Kontrollpraktiken anwenden würde.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Unerhört!)

Ich möchte aus meiner Sicht deutlich machen: Das ist nicht der Fall.

(Beifall CDU, SPD)

Ich warne auch vor Symbolpolitik. Denn nicht nur das Racial Profiling, sondern alle Formen diskriminierender Polizeiarbeit sind ohnehin schon auch unter der geltenden polizeilichen Rechtslage verboten.

(Beifall CDU)

Zu der Studie „Diskriminierungserfahrungen“: Die Kommission empfiehlt, eine Studie zu Diskriminierungserfahrungen in Auftrag zu geben. Diesen Vorschlag begrüße ich sehr. Bisher ist mir keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Untersuchung bekannt, die rassistische Denk- und Handlungsmuster bei der Thüringer Polizei belegen würde.

(Beifall CDU, SPD, AfD)

Auch sehe ich unsere Polizistinnen und Polizisten immer wieder teilweise hasserfüllten und persönlich sehr belastenden Unterstellungen ausgesetzt.

(Beifall CDU)

Vielleicht kann die Studie dazu beitragen, die tatsächliche Lage etwas zu erhellen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Ja, Sie werden Ihr blaues Wunder erleben!)

Aus- und Fortbildung der Polizistinnen und Polizisten: Die Kommission empfiehlt, das Aus- und Fortbildungsprogramm der Thüringer Polizei hinsichtlich rassistischer- und diskriminierungssensibler Inhalte durch eine unabhängige Studie zu evaluieren und in diesen Prozess externe Akteure einzubeziehen. Ich möchte betonen, dass die Aus- und Fortbildung in der Thüringer Polizei einer ständigen Qualitätskontrolle unterliegt, um jederzeit bestehende Verbesserungspotenziale erkennen und auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Bereits die Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ fanden Berücksichtigung. So sind die Themen „Antidiskriminierung“, „Rassismus“, „Hasskriminalität“ und „Umgang mit Opfern“ im Unterricht fest integriert. Es werden unter anderem die Erscheinungsformen des politischen Extremismus und des Rechtspopulismus behandelt. Zudem gibt der Lehrplan Einblicke in Fluchtbewegungen, Fragen der Asylpolitik, Hintergründe zu ethnischen Konflikten und vermittelt interkulturelle Kompetenzen.

(Beifall SPD)

Besonderes Augenmerk wird dem Aufdecken von Gefahren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von Stereotypen und Vorurteilen sowie Rassismus und auch Alltagsrassismus in der Ausbildung gewidmet. Es ist die gelebte Praxis, dass in die Gestaltung der Aus- und Fortbildung externe Akteure einbezogen werden, zum Beispiel der Zentralrat der Sinti und Roma in Deutschland, der Zentralrat der Juden, und an der Erstellung des Seminarprogramms mitwirken. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung der Landesregierung: Minister Hoff.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Das hätte ich mir für die Justiz auch gewünscht!)

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat mich in seinem Redebeitrag mehrmals als Begründung seiner

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Rede angeführt und das hat mich motiviert, mich hier noch mal zu Wort zu melden.

Sehr geehrter Herr Mohring, Sie haben hier eine Wahlkampfreden gehalten und die Arbeit der Enquetekommission genutzt, um Ihr neues politisches Mantra vorzustellen, dass der Freistaat Thüringen an den Rändern von extrem links und extrem rechts auseinanderfallen würde. Dieses mangelnde Vertrauen von Ihnen in die Stärke unseres demokratischen Gemeinwesens teile ich explizit nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich teile auch nicht die in Ihrer Aussage enthaltene Neuauflage der Totalitarismustheorie, in der die Extreme von links und rechts sich quasi wie in einem Hufeisen einander annähern würden. Ich weiß, dass diese Fehlannahme in der politischen Auseinandersetzung weit verbreitet ist. Nur wissen wir, dass die weitere Verbreiterung einer Fehlannahme nichts an dem Umstand ändert, dass es sich um eine Fehlannahme handelt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in Ihrem Redebeitrag zutreffend wiederum darauf hingewiesen, dass nach einem Urteil des Landgerichts Meiningen der AfD-Politiker Bernd Höcke als das bezeichnet werden darf, was er ideologisch ist – ein Faschist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dieser Aussage zur AfD haben Sie zwei Drittel bis drei Viertel Ihrer Rede dazu genutzt, die Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung verächtlich zu machen und die Koalition als linksextrem zu beschreiben. Das sind übrigens drei Parteien, von denen Sie sich zwei Parteien als Koalitionspartner wünschen, um die aus Ihrer Sicht notwendige Regierung der Mitte zu bilden. Den Widerspruch zwischen Ihren Aussagen heute und den Beschimpfungen gegenüber der Thüringer Sozialdemokratie und Bündnis 90/Die Grünen müssen Sie den Wählerinnen und Wählern erklären.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nur die Linke!)

An zwei Stellen Ihrer Rede haben Sie mich namentlich genannt. Zu der von Ihnen hier vorgetragenen Aussage meinerseits zur Bewertung der Rolle und Funktion der Band „Feine Sahne Fischfilet“ in Mecklenburg-Vorpommern stehe ich. Ich habe sie in einem Zusammenhang veröffentlicht, als es darum ging, dass die Band „Feine Sahne Fischfilet“ in Dessau eingeladen wurde, wo sie zu einem Kon-

zert im Rahmen des Bauhausjubiläums eingeladen war. Ich denke, dass es sinnvoll ist, diese Kontexte auch noch mal aufzurufen, weil Sie auch in Ihrer zweiten Aussage den Kontext vernachlässigen.

Gleichwohl würde ich Ihnen empfehlen, sich das Buch „Deutschland ganz rechts“, das Matthias Quendt veröffentlicht hat, zu Gemüte zu führen. Matthias Quendt ist übrigens der Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – IDZ – in Jena, das die Thüringer CDU-Fraktion in Tateinheit mit der AfD-Fraktion stets abgelehnt hat und zu verhindern suchte und das aber wie die Band „Feine Sahne Fischfilet“ unschätzbare Arbeit leistete.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war jedoch eine weitere Aussage von mir, die Sie hier zitiert haben und die mich zu dieser Wortmeldung bewegt hat: Der ehemalige Landtagsabgeordnete der AfD, Herr Brandner, der inzwischen im Deutschen Bundestag sitzt, leistete sich in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter hier in Thüringen viele suspekten und, sagen wir, verstörenden Auftritte. Unter anderem verglich er mich mit Kim Jong-un, dem nordkoreanischen Diktator. In einer Replik auf seine ständigen Beiträge, in denen er alle Demokratinnen und Demokraten, darunter viele Christdemokratinnen und Christdemokraten, die sich für Flüchtlinge eingesetzt haben oder Flüchtlinge bei sich selbst aufgenommen haben – wie zum Beispiel die Thüringer Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann, die Mitglied der Thüringer CDU ist –, als notorische Linksextremisten bezeichnet hat, habe ich – in diesem Zusammenhang und nur in diesem Zusammenhang – einmal gesagt: Wenn alle Demokratinnen und Demokraten bis weit in die Mitte hinein als linksextrem gelten, dann kann die Bezeichnung „Linksextremist“ kein Schimpfwort sein, sondern dann und nur dann kann man diesen Titel durchaus mit Stolz tragen. In der politischen Polemik der AfD, in den sozialen Netzwerken, im Internet ist von Herrn Brandner und anderen stets nur diese Aussage zitiert worden, der Hoff ist stolz, Linksextremist zu sein. Dass Sie, sehr geehrter Herr Mohring, hier in Ihrer letzten Rede in dieser Wahlperiode exakt das gleiche Geschäft machen

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie Stephan Brandner und seine Gesinnungsgenossen der AfD, das zeigt mehr und sagt mehr über Sie aus, sehr geehrter Herr Mohring, als das, was ich über Demokratinnen und Demokraten in der Mitte gesagt habe. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Frau Abgeordnete Berninger, Sie haben 1 Minute.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich muss noch mal auf den Innenminister reagieren und das, was er hier gesagt hat. Georg Maier, das klang alles so, wie ich das schon häufiger gehört habe: Was nicht sein darf, das kann nicht sein, wir haben keine rassistischen Einstellungen in der Thüringer Polizei, zumindest sind mir keine bekannt.

Ich habe vorhin in Bezug auf die CDU die drei Affen bemüht oder gesagt: Was ich nicht selbst erlebt habe, das gibt es auch nicht. Herr Maier, vielleicht müssen Sie sich auch mal mit Betroffenengruppen unterhalten und zur Kenntnis nehmen, welche Erfahrungen Betroffene von rassistischer Diskriminierung unter anderem auch hinsichtlich der Thüringer Polizei machen, welche Erfahrungen Leute in Thüringen auch mit Racial Profiling gemacht haben, und dann können wir gern noch mal darüber reden, ob das falsch ist, was die Kommission aufgeschrieben hat oder nicht. Aber was Sie jetzt eben gemacht haben, das ist genau die epistemische Gewalt, die ich vorhin schon mal beschrieben habe. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Doch, jetzt muss ich mich noch mal melden!)

Sie haben keine Redezeit mehr! Herr Fiedler, da müssen Sie sich bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden beschweren, der hat die ausgeschöpft.

Es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Bevor ich die heutige Plenarsitzung schließe, gestatten Sie auch mir ein paar letzte Worte. Es ist nach 15 Jahren meine letzte Sitzung hier und es ist ein Abschied von Aufgaben, die ich mit viel Leidenschaft und voller Idealismus wahrgenommen habe. Politik – und das wissen Sie alle – kann man nicht wie eine Agenda abarbeiten, Politik verlangt den ganzen Menschen, ist auch irgendwie unglaublich lebensraubend, weil alle Zeit plötzlich belegt ist, weil alles, was getan wird, auch öffentlich ist und öffentlich getan wird. Im Alltag der Politik spielt eine

Rolle, dass ganz viele darauf schauen, was ich tue. Auch das schränkt natürlich in dieser Zeit die Selbstbestimmung ein, die Öffentlichkeit, die immer dabei ist, die sehr genau beobachtet. In vielen anderen Berufen braucht es genauso viel Leidenschaft, gibt es Macht, gibt es viel Arbeit, aber eben nicht diese Öffentlichkeit, die alles anschaut und die deshalb auch verlangt, dass über alles Rechenschaft abgelegt wird. Dann gibt es natürlich noch den ständig zu überwindenden inneren Widerspruch zwischen verfassungsmäßigem Unabhängigkeitsanspruch und der von Parteieninteressen geprägten politischen Praxis. Wie Sie wissen, kann das extrem anstrengend sein. Wir sollten uns immer vor Augen führen: Der Landtag ist das Hohe Haus und nicht die Staatskanzlei.

(Beifall im Hause)

Seit fünf Jahren bin ich Vizepräsidentin. Eine schönere und anspruchsvollere Aufgabe hätte es für mich wirklich nicht geben können. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mich in diesen Jahren begleitet und unterstützt haben, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, bei den Fraktionen, bei den Parteien, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, aber auch den vielen Unsichtbaren, ohne die dieses Parlament nicht so leistungsfähig sein könnte, wie es glücklicherweise ist, und auch bei den Medien für mal diese und auch mal die andere Berichterstattung. Aber ich möchte mich auch bei den Wählerinnen und Wählern bedanken, die immerhin das Recht haben, diese Demokratie zu gestalten und zu bestimmen, von wem sie regiert werden.

Und ich habe eine Bitte an die Mitglieder des nächsten Landtags: Bewahren Sie bitte den Konsens der Demokraten gegen Fanatiker und Fundamentalisten!

(Beifall DIE LINKE)

Seien Sie sich Ihrer Vorbildrolle dieses Hohen Hauses für Sprache und Verhalten bewusst, auch den nächsten Generationen gegenüber!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentele, fraktionslos)

Und allen Jungen möchte ich am Welttag der Senioren, der heute ist, eine Lebensweisheit mitgeben, die mir als junger Mensch mal mitgegeben wurde: Behandle ältere Menschen immer so, wie du im Alter auch selbst behandelt werden möchtest.

(Beifall CDU; Abg. Rietschel, fraktionslos)

(Vizepräsidentin Jung)

Damit schließe ich die heutige zweite Plenardebatte und möchte noch mal an den Empfang der Präsidentin erinnern. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Ende: 14.02 Uhr